

antikap Nr. 13 | Herbst 2020 | 3.- CHF

antikap

Klassenkampf Feminismus Ökosozialismus



Imperialismus

Globale Machtverhältnisse im Fokus

Solidarische Alternativen zu einer Welt in der Krise



Wir befinden uns aktuell mitten in einer mehrfachen Krise. Und es sieht so aus, als ob die grundsätzlichen Probleme, mit denen wir derzeit konfrontiert sind, nicht so bald wieder verschwinden werden. Das Corona-Virus ist seit dem Frühjahr 2020 für massive Einschnitte in das soziale und wirtschaftliche Leben verantwortlich. In der Schweiz, aber auch in vielen anderen Ländern, waren die Antworten und Massnahmen auf die Bedrohungen des Virus völlig ungenügend. Die Art und Weise, wie die Regierungen auf die Corona-Pandemie reagieren, offenbart die Unfähigkeit der kapitalistischen Gesellschaften, eine adäquate Antwort auf globale Herausforderungen zu finden. Während die Gesundheitssysteme in den meisten Regionen der Welt schon völlig ungenügend aufgestellt sind, führen die Massnahmen zur Eindämmung des Virus weltweit zu massiver Verelendung, Arbeitslosigkeit, Armut und sozialer Isolation.

Die Leidtragenden sind wir alle. Sei es durch die physische Bedrohung durch das Virus, den Verlust des Arbeitsplatzes oder durch drastische Einschnitte in unsere sozialen Beziehungen und unsere emotionale Gesundheit. Und im Zuge von Corona kommt es auch zu einem heftigen wirtschaftlichen Einbruch und einer länger andauernden Rezession.

Doch nicht nur in Europa, auch die Volkswirtschaften im Globalen Süden brechen aufgrund des Corona-Virus massiv ein. Damit werden bestehende strukturelle Probleme massiv verschärft. Bereits jetzt sind hunderte Millionen Menschen durch die Auswirkungen des Virus noch stärker von Armut und Hunger betroffen. Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht in Sicht. Dass es solche extreme Armut und auch Hunger auf der Welt überhaupt noch gibt, ist auch ohne Pandemie eine Schande. Armut und Hunger im Globalen Süden sind das Resultat des Imperialismus des 20. und 21. Jahrhunderts, der die weltweiten Ungleichheiten zugunsten der Industrieländer ausnutzt und sie verschärft. Im Artikel «Ungleichheit und Ausbeutung im Weltmassstab» zeichnen wir detailliert nach, wie die Ausbeutung im Globalen Süden und die globalen Wertschöpfungsketten zur ungleichen Entwicklung beitragen. Welche Rolle die Schweiz dabei spielt, auch wenn sie weder historisch eigene Kolonien besass, noch über relevante

militärische Kräfte verfügt, zeigen wir im Artikel über den Schweizer Imperialismus auf.

Wenn in der Schweiz über Hunger und Armut gesprochen wird, dann häufig im Kontext von Migration. Seit März 2019 ist eine Asylgesetzrevision in Kraft, die von der Sozialdemokratie mitgetragen wurde und das Asylwesen fundamental umgekrempelt hat. Die Befürchtungen, die schon vor der Umsetzung geäussert wurden, haben sich dabei mehrheitlich bewahrheitet. Dies zeigt ein Bericht unabhängiger Rechtsberatungsstellen, auf den wir in dieser Ausgabe eingehen.

Eine weitere Dimension der aktuellen mannigfaltigen Krise ist die drohende Klimakatastrophe. Die Klimabewegung kämpft mittlerweile seit zwei Jahren gegen die Untätigkeit der Herrschenden in dieser Frage. Neuerdings auch mit Mitteln des zivilen Ungehorsams. Trotz der Radikalität und der Bedeutung dieser Proteste tut sich die radikale Linke weiter schwer, auf die Klimabewegung zuzugehen. Wir kritisieren diese Haltung in unserem Artikel zum «Rise Up for Change».

Nach langem hin und her verabschiedeten die Schweizer Parlamentskammern fast zeitgleich zum Rise Up for Change ein neues CO₂-Gesetz. Das Gesetz trägt den enormen Herausforderungen, vor die uns die Klimakrise stellt, aber in keinsten Weise Rechnung. Mit dem Argument, das Gesetz sei besser als nichts, entschieden sich einige Sektionen des Klimastreiks Schweiz gegen die Ergreifung des Referendums, andere ergriffen wiederum das Referendum, weil das Gesetz unzureichend ist. Die Debatte über das CO₂-Gesetz und warum wir das Referendum für sinnvoll erachten, führen wir im Artikel zum CO₂-Gesetz aus.

Die aktuelle Krise führt bereits jetzt zu politischen Kämpfen. Weil der bürgerliche Staat dabei nicht den neutralen Schiedsrichter spielt, ist es uns wichtig zu betonen, dass wir keine Illusionen in die Rolle des Staates haben dürfen. Dieser schlägt nämlich aktuell gerade massiv gegen antifaschistische Aktivist*innen in Basel zu, die teilweise wegen simpler Teilnahme an einer Demonstration unbedingte Haftstrafen bekommen haben. Gleichzeitig ist die Rolle und die Funktion des Staates und seiner ausführenden Organe, wie der Polizei,



komplexer, als es auf den ersten Blick scheinen mag. Mit einem Artikel zu den Prozessen sowie einem zum Charakter der Polizei im bürgerlichen Staat wollen wir diesen beiden Themen nachspüren.

Die kapitalistische Wirtschaftsweise bringt vielfältige Krisen hervor und so wie es aussieht, werden sich diese verschärfen und uns vor bedrohliche Zukunftsaussichten stellen. Unsere Waffe dagegen ist die Solidarität, unser ungebrochener Wille und unverrückbare Zuversicht, mit deren Hilfe

wir hoffentlich noch rechtzeitig eine solidarische Alternative zu Kapitalismus und Umweltzerstörung entwickeln können.

die antikap-Redaktion

Abonniere antikap!

antikap ist die Deutschschweizer Zeitschrift der Bewegung für den Sozialismus und erscheint vorerst zweimal jährlich.

Sie versteht sich als Ergänzung zu unserer Webseite **sozialismus.ch**, auf der wir wöchentlich aktuelle Beiträge veröffentlichen. Obwohl antikap unentgeltlich hergestellt wird, fallen für Druck und Versand Kosten an. Ob wir den Erscheinungsrhythmus längerfristig erhöhen können, hängt auch von der Unterstützung unserer Leser*innen ab!

Für CHF 10.- kannst du die **antikap** ein Jahr lang (Frühlings- und Herbstausgabe) abonnieren. Verwende dazu den beiliegenden Einzahlungsschein mit dem Vermerk «Abo». Über zusätzliche Spenden oder ein Soliabo sind wir dir sehr dankbar!

Adresse: BFS Basel, Zeitschrift antikap, 4057 Basel.

Konto: 15-238267-2, Vermerk «Abo».

sozialismus.ch/antikap



Inhalt

- 4 Imperialismus:** Die globalisierte Weltwirtschaft ist von starken Ungleichheiten geprägt. Ausbeutung im Globalen Süden und globale Wertschöpfungsketten tragen zur ungleichen Entwicklung und zum Imperialismus im 21. Jahrhundert bei.
- 10 Schweizer Imperialismus:** Um die politische Mechanik in einem kapitalistischen Land zu verstehen, ist ein Imperialismusbegriff notwendig. Gerade für die Schweiz.
- 16 Das neue CO₂-Gesetz:** Ein Hindernis im Kampf gegen die Klimakrise.
- 20 Die Klimabewegung und die Linke:** Weshalb sich die radikale Linke schwertut, auf die Klimabewegung zuzugehen. Und weshalb sich das schnellstmöglich ändern sollte.
- 22 Umweltschutz:** Mitte Oktober 2020 haben Aktivist*innen im Kanton Waadt ein Stück Wald besetzt. Die Schweiz hat damit ihre erste zone à défendre.
- 24 Neustrukturierung des Asylbereichs:** Eine Untersuchung unabhängiger Rechtsberatungsstellen zeigt auf, wie die Rechte von Asylsuchenden missachtet werden.
- 28 Basel Nazifrei:** Das Vorgehen von Polizei und Justiz gegen die antifaschistischen Aktivist*innen der Basel Nazifrei-Demo ist skandalös und jenseits rechtsstaatlicher Prinzipien.
- 29 Gemeinsam gegen staatliche Repression:** Solierklärung der BFS/MPS mit den Opfern staatlicher Repression.
- 30 Staat und Polizei:** Viele Linke sind der Ansicht, dass die Polizei lediglich in den Diensten der Herrschenden steht. Eine solche Analyse greift zu kurz.
- 34 Die Linke und Corona:** Warum es kontraproduktiv ist, einen Shutdown zu fordern, ohne sozialpolitische Forderungen für eine gesamtgesellschaftliche Transformation aufzuzeigen.
- 36 Das Andere Davos 2021:** Die jährliche Gegenveranstaltung zum Weltwirtschaftsforum (WEF).

Ungleichheit & Ausbeutung im Weltmassstab

Die globalisierte Weltwirtschaft ist von starken Ungleichheiten geprägt. Die meisten grossen international agierenden Unternehmen sind immer noch Konzerne aus den ehemaligen Kolonialmächten, insbesondere den USA, Westeuropa und Japan. Gleichzeitig konzentriert sich die schwerste Armut weiterhin im Globalen Süden, meist in ehemaligen Kolonien. Neuere Untersuchungen zum Nord-Süd-Verhältnis zeigen auf, wie sich der Imperialismus im 21. Jahrhundert weiterentwickelt hat und wie Ausbeutung im Globalen Süden und globale Wertschöpfungsketten zur ungleichen Entwicklung beitragen.

von Jonas Rösli (BFS Zürich)

Einführung: Imperialismus und Kapitalismus

Imperialismus ist die Unterordnung einer Gesellschaft unter die Interessen einer anderen, oder genauer unter die Interessen der herrschenden Klasse einer anderen Gesellschaft. Dies kann zum Beispiel politisch-militärische, ökonomische und kulturelle Formen annehmen. Imperialismus ist dabei nicht auf eine spezifische historische Epoche beschränkt. Er kann sowohl die Form von antiken Reichen wie den alt-orientalischen Reichen oder dem römischen Reich annehmen, als auch von Kolonialreichen der Moderne wie dem französischen oder dem englischen. Formelle und direkte militärische Kontrolle über ein Gebiet ist nur eine Form, in der sich der Imperialismus äussern kann. Andere Formen sind Zwangsverträge oder wirtschaftliche Ausbeutung. Im Folgenden wollen wir uns auf wirtschaftliche Aspekte des Imperialismus in kapitalistischen Gesellschaften konzentrieren.

Unter dem Eindruck des Wettlaufs um Afrika untersuchten Ökonom*innen und marxistische Theoretiker*innen (unter anderen Hobson¹, Hilferding², Luxemburg³ und Lenin⁴) um die Jahrhundertwende die spezifische Form des Imperialismus im damaligen Kapitalismus. Der Imperativ der möglichst effizienten Verwertung von Kapital treibt die Klasse der Kapitalist*innen zur steten Suche nach Ressourcen, Arbeitskräften und Absatzmärkten über nationale Grenzen hinweg. Ein zunehmend monopolistischer und mit dem Finanzwesen verbandelter Teil der Bourgeoisie bediente sich des politischen und militärischen Apparates des Staates, um sich neue Territorien für möglichst günstige Bedingungen für die Akkumulation anzueignen. Der Erste Weltkrieg war der Höhepunkt dieses Expansionsdrangs, da die Aufteilung der Welt unter den kapitalistischen Kolonialmächten zu dem Zeitpunkt beinahe abgeschlossen war und somit nur noch Territorien anderer Kolonialmächte zur Eroberung vorhanden waren.

Diese Untersuchungen gingen von der spezifischen historischen Situation aus, in der kapitalistische Gesellschaften auf nicht-kapitalistische Gesellschaften trafen und sich diese einverleibten. Heute befinden wir uns in einer anderen Situation. Mit der Befreiung der meisten Kolonien nach dem Zweiten Weltkrieg und der weltweiten Ausbreitung des Kapitalismus können wir die alten Erklärungsschemata nicht einfach auf heute übertragen. Im Folgenden wollen wir einigen Ansätzen folgen, welche die ökonomischen Verhältnisse des weltweiten Kapitalismus als Ganzes untersuchen. Dabei wollen wir insbesondere die Wechselwirkung zwischen den armen und reichen Ländern und die dadurch angetriebene Entwicklungsdynamik betrachten.

Unterentwicklung, Abhängigkeit und Ungleicher Tausch

Mit der fortschreitenden Befreiung der Kolonien ab 1945 schien die alte Form der Domination durch die imperialistischen Mächte ein Ende gefunden zu haben. Es zeigte sich jedoch, dass die ökonomischen Verhältnisse trotz der formalen Unabhängigkeit die gleichen blieben. Die ehemaligen Kolonien fanden sich in ihrer alten Rolle als Rohstofflieferanten wieder, mussten sich mit hohen Zinsen finanzieren und bei unliebsamen politischen Entwicklungen intervenierten die ehemaligen Kolonialmächte.

In Lateinamerika entstanden entwicklungstheoretische Strömungen, welche die bislang dominante Entwicklungstheorie, die Modernisierungstheorie, kritisierten. Diese besagt grob umrissen, dass die ökonomische Entwicklung einer kapitalistischen Gesellschaft überall gleich abläuft und damit dem Beispiel Englands folgt: Es entsteht eine moderne Industrie, während sich die traditionellen Gesellschaftsformen wie Heimarbeit und Subsistenzwirtschaft auflösen. Die Kritik an dieser Theorie zielt auf die Vernachlässigung der externen Umstände. Einerseits war England das erste Land, in dem sich der industrielle Kapitalismus entwickelte, während die neu unabhängigen Kolonien auf einen entwickelten Weltmarkt trafen. Andererseits war England eine Kolonialmacht, während die neu unabhängigen Kolonien infolge des Kolonialismus global eine untergeordnete Rolle spielten.

Die bürgerliche Variante, der Strukturalismus, erklärt die Schwierigkeit der Entwicklung des Globalen Südens damit, dass ihre Volkswirtschaften auf den Rohstoffexport ausgelegt sind und Rohstoffpreise gegenüber Preisen von Industrierzeugnissen tendenziell fallen.⁵ Ein wichtiges Hindernis für die Entwicklung sei der grosse, vor allem indigene und landwirtschaftlich-selbstversorgerische, informelle Sektor. Der Strukturalismus sieht die politische Antwort, um aus dieser Situation zu entkommen, in der staatlich subventionierten Industrialisierung und Zöllen auf Importen («importsubstituierende Industrialisierung»)⁶.

Die linke Variante, die Dependenztheorie, geht davon aus, dass die Länder der sogenannten Peripherie (Afrika, Lateinamerika, grosse Teile Asiens) deswegen arm sind und bleiben, weil sie vom kapitalistischen Weltmarkt und seinen Institutionen abhängig sind (Frank^{7 & 8}) und es den reichen Ländern des Zentrums (USA, Europa und Japan) gelingt, einen Grossteil der Profite abzuschöpfen (Emmanuel⁹, Marini¹⁰, siehe Beispiele in den nächsten beiden Abschnitten). Exportorientierte Länder kommen beispielsweise in die Unterentwicklung, wenn die Nachfrage nach einem Exportgut (wie Silber

5 Dies ist als Verschlechterung der «Terms of Trade» oder Prebisch-Singer-These bekannt.

6 Die Hauptvertreter dieser Richtung waren Raúl Prebisch und Celso Furtado.

7 A. G. Frank, *The Development of Underdevelopment*, 1966.

8 A. G. Frank, *Capitalism and Underdevelopment in Latin America*, 1967.

9 A. Emmanuel, *Unequal Exchange*, 1972.

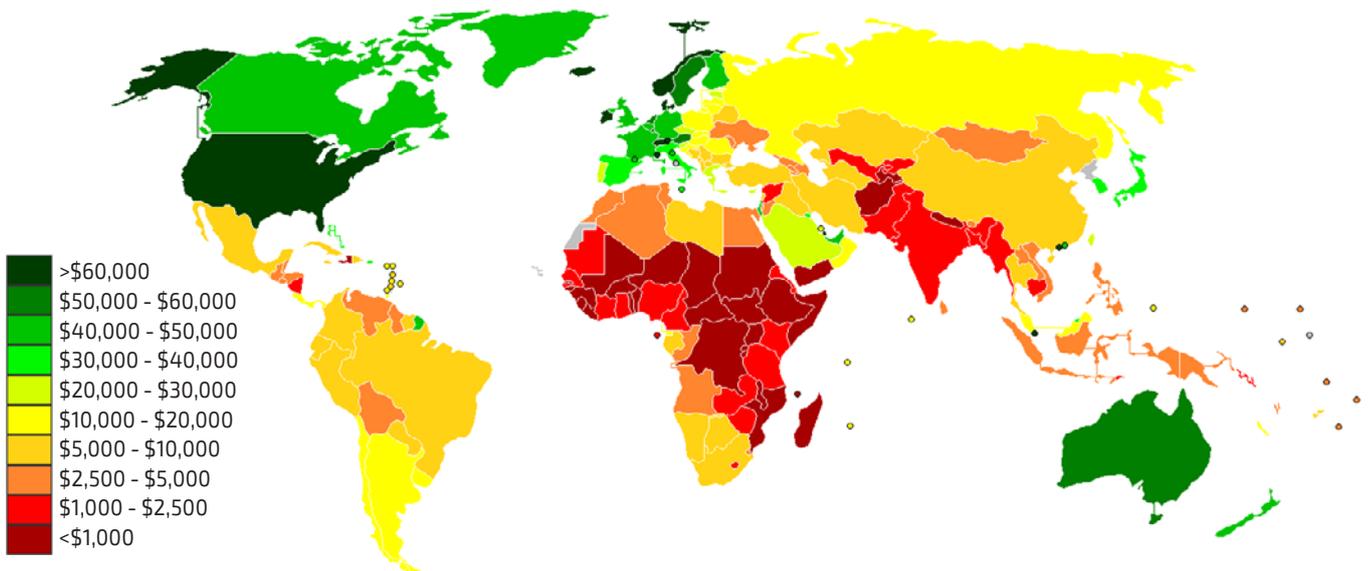
10 R. M. Marini, *Dialéctica de la dependencia*, 1973

1 J. A. Hobson, *Imperialism: A Study*, 1902.

2 R. Hilferding, *Das Finanzkapital*, 1910.

3 R. Luxemburg, *Die Akkumulation des Kapitals*, 1913.

4 W. I. Lenin, *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, 1917.



Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im Jahr 2018: Klar zu erkennen ist das Wohlstandsgefälle zwischen dem Westen und Japan auf der einen und dem Globalen Süden auf der anderen Seite.
Quelle: Wikipedia, https://en.wikipedia.org/wiki/Gross_domestic_product.

oder Landwirtschaftsprodukte) abnimmt oder verschwindet, auf das sich die Region spezialisiert hat.¹¹ Die Dependenztheorie sieht die politische Antwort in der Entkopplung vom Weltmarkt und einer nach innen orientierten Entwicklung. Diese Theorien wurden vom uruguayischen Journalisten und Schriftsteller Eduardo Galeano einem breiteren Publikum zugänglich gemacht.¹²

Der afro-guyanische Historiker Walter Rodney¹³ wendete die Kategorien der Dependenztheorie auf den afrikanischen Kontinent an. Hier kommt ein zusätzlicher Aspekt hinzu: der Sklavenhandel, der als zentraler Bestandteil des atlantischen Dreieckshandels Menschen im arbeitsfähigen Alter entführte. Deren Arbeitskraft konnte folglich nicht zur Entwicklung der afrikanischen Länder beitragen, sondern wurde auf den Plantagen der Sklavenhalter*innen ausgebeutet, um zur ökonomischen Entwicklung Nordamerikas und Europas beizutragen.

Mit dem Erfolg der exportorientierten Industrialisierung ostasiatischer Staaten, zum Beispiel Südkorea, Singapur und Hong Kong, und dem Zusammenbruch des Ostblocks verloren der Strukturalismus und die Dependenztheorie an Einfluss. Auch ist der Rohstoffsuperzyklus der 2000er, das heisst die temporäre Preiserhöhung der Rohstoffe von etwa 2000 – 2014 durch die erhöhte Nachfrage aus China, den exportierenden Ländern entgegengekommen. Die oft erwähnten ostasiatischen Beispiele können jedoch nicht als Musterbeispiel eines liberalen Entwicklungsregimes dienen (in Südkorea zum Beispiel die Verflechtung von Staat, Banken und Familienunternehmen, den sogenannten Jaebeols). Und das

Ausbleiben von erfolgreicher Industrialisierung in weiten Teilen des Globalen Südens (siehe Bild 1) berechtigt weiterhin Zweifel an der Modernisierungstheorie.

Überausbeutung im Globalen Süden

Seit etwa den 1980er-Jahren macht sich eine neue Dynamik bemerkbar. Auf die Wirtschaftskrise der 1970er, oft Ölpreiskrise genannt, reagierte die westliche Bourgeoisie auf zweierlei Arten, um die Profitabilität wieder zu erhöhen. Einerseits wurden sozialstaatliche Errungenschaften des Proletariats und die gewerkschaftliche Organisierung angegriffen sowie vormals staatliche Wirtschaftszweige privatisiert («Neoliberalismus»). Andererseits wurde die Produktion zunehmend in den Globalen Süden verlagert, da die Arbeitskraft dort massiv günstiger ist («Globalisierung»). Beides verstärkte sich mit dem Zusammenbruch des Ostblocks.

Der zweite Punkt stellt eine wichtige qualitative Veränderung der Nord-Süd-Beziehungen dar und muss deshalb in aktuellen Imperialismusanalysen berücksichtigt werden. Der britische Ökonom John Smith¹⁴ stellt sich dieser Aufgabe und folgt dabei marxistischen Ansätzen (zum Beispiel Mandel¹⁵ und Amin¹⁶). Die zentrale Kategorie von Smith ist die Überausbeutung im Globalen Süden, also die höhere Ausbeutungsrate im Vergleich zum Norden.¹⁷ Die höhere Ausbeutung im Globalen Süden drückt sich im tieferen Verhältnis von Lohn zu Output aus (siehe Bild 2).

Diese hohe Ausbeutung konnte unter anderem wegen den folgenden Entwicklungen entstehen. Mit dem Fall des Ostblocks, der Öffnung Chinas, der erzwungenen Land-Stadt-Migration ehemaliger Bäuer*innen durch die Konkurrenz

11 Interessanterweise lassen sich solche Phänomene mittlerweile auch im Norden beobachten, in ehemaligen Industriestädten im Rust Belt, in Nordengland oder in Bergdörfern in der Schweiz beispielsweise.

12 E. Galeano, Die offenen Adern Lateinamerikas, 1971.

13 W. Rodney, How Europe Underdeveloped Africa, 1972.

14 J. Smith, Imperialism in the Twenty-First Century, 2016.

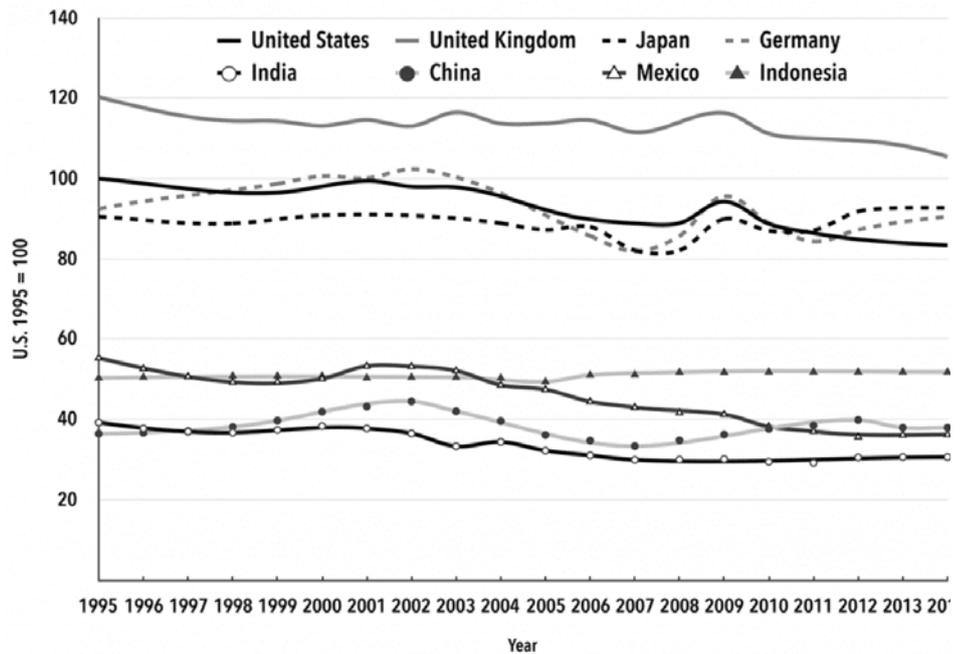
15 E. Mandel, Late Capitalism, 1975.

16 S. Amin, Law of Worldwide Value, 1978.

17 Smith spricht vom Verkauf der Ware Arbeitskraft unter ihrem Wert im Globalen Süden.

Index (US 1995 = 100) von durchschnittlichen **Lohnstückkosten** (Bruttolohn pro Stunde über Bruttooutput pro Stunde) in der verarbeitenden Industrie in ausgewählten Ländern, 1995-2014. Wieder sticht der Unterschied zwischen dem Westen und Japan auf der einen und dem Globalen Süden auf der anderen Seite ins Auge. Gemessen am Output ist der Lohn im Globalen Süden wesentlich tiefer, was die im Text erwähnten Folgen hat.

Quelle: Monthly Review, <https://monthlyreview.org/2019/03/01/global-commodity-chains-and-the-new-imperialism>.



mit dem Agrobusiness und dem Wegfallen von protektionistischen Massnahmen zum Beispiel Indiens standen eine grosse Zahl neuer Arbeiter*innen dem Arbeitsmarkt und insbesondere der «industriellen Reservearmee» zur Verfügung. Je mehr Arbeitskräfte dem Kapital in einem Bereich zur Verfügung stehen, desto einfacher können die Kapitalist*innen die Löhne und die Arbeitsbedingungen zu ihren Gunsten beeinflussen. Ein weiterer Aspekt ist die schwächere Organisation der Arbeiter*innenklasse im Globalen Süden.

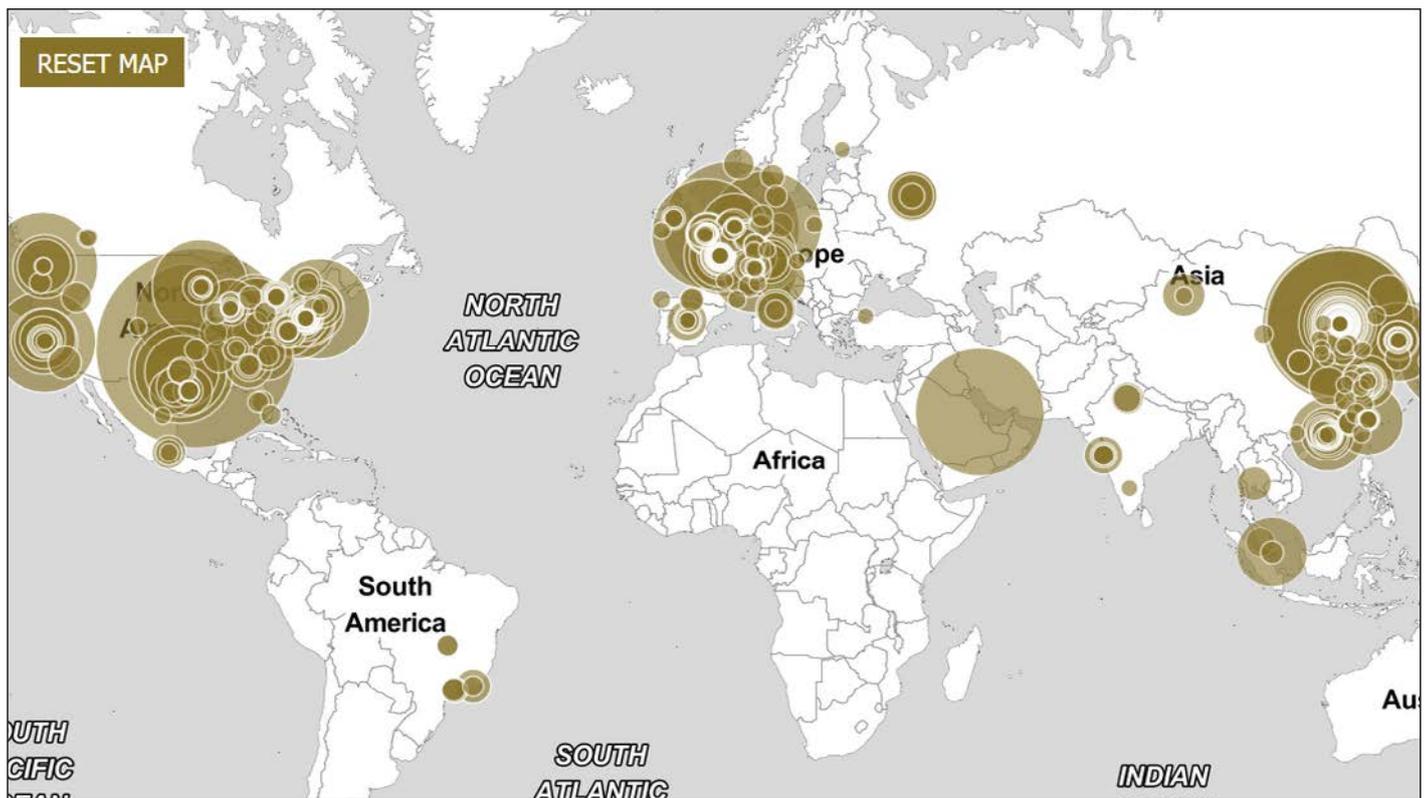
Um den Argumenten zu folgen sollen hier die relevanten wirtschaftlichen Begriffe kurz eingeführt werden. Der Wert einer Ware entspricht der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit, um sie herzustellen. Um Waren produzieren zu können, müssen Kapitalist*innen zunächst in Infrastruktur, Maschinen und Rohmaterialien investieren. Marx nennt dies konstantes Kapital und bezeichnet dessen Wert mit c . Ausserdem werden Menschen als Arbeitskräfte benötigt, die Lohnkosten bezeichnet Marx als variables Kapital, dessen Wert mit v . Der Wert der produzierten Ware ist dann $c+v+m$, wobei m die unbezahlte Mehrarbeit bezeichnet, die die Quelle der Profite ist.

Smith knüpft hier an Marx' Untersuchung des Ausgleichs der Profitrate im dritten Band des Kapitals an. Marx untersucht die Auswirkung von verschiedener organischer Zusammensetzung (Verhältnis von konstantem Kapital c zu variablem Kapital v), von investiertem Kapital in verschiedenen Industriezweigen auf die Profitraten $m/(c+v)$ und deren Unterschied auf die Investitionstätigkeit der Kapitalist*innen. Das Verhältnis m/v , die Mehrwertrate oder Ausbeutungsrate, nimmt Marx dabei als konstant über die verschiedenen Industriezweige an. Er begründet dies damit, dass Arbeiter*innen wenn möglich zu Industrien mit besseren Arbeitsbedingungen wechseln, also tendenziell von Industrien mit höherer Ausbeutung zu Industrien mit tieferer Ausbeutung. Dies erhöht das Angebot an Arbeitskraft in Industrien mit tieferer Ausbeutung und senkt es in Industrien mit höherer

Ausbeutung. Dies wiederum senkt langfristig die Löhne in den Industrien mit tieferer Ausbeutung und erhöht sie in Industrien mit höherer Ausbeutung und führt unter sonst gleichen Umständen tendenziell zu einer Ausgleichung der Mehrwertrate.

Wieso kommt es nicht zu einem solchen Ausgleich der Mehrwertrate, wenn es sich nicht um Industrien eines Landes, sondern verschiedener Länder handelt? Sicherlich verlangsamen kulturelle Unterschiede, geografische Distanz und andere Umstände den Prozess. Ein entscheidender Faktor sind jedoch die westlichen Grenzregimes, die als fremde Macht und Schranke fungieren, indem sie einen solchen migrationsbedingten Ausgleich verhindern und die Aufrechterhaltung der Überausbeutung im Globalen Süden ermöglichen.

Die erhöhte Mehrwertrate oder Überausbeutung ermöglicht dem Kapital höhere Profite im Globalen Süden und führt, aufgrund des Strebens des Kapitals nach möglichst hohen Renditen, zu einem Kapitalfluss von Investitionen von Nord nach Süd, da die Bourgeoisie in den ärmeren Ländern oft zu wenig Kapital hat, dieses Potential selbst vollständig zu nutzen. Die Renditen dieser Investitionen fliessen dann zurück in den Norden. Diese Entwicklung wurde nicht zuletzt durch den Fortschritt in der Informations- und Transporttechnologie begünstigt. Die Investitionen geschehen konkret auf zwei verschiedene Arten. Einerseits werden Portfolioinvestitionen (Erwerb von ausländischen Wertpapieren und Unternehmensbeteiligungen) und ausländische Direktinvestitionen getätigt, in denen wie zu Lenins Zeiten nördliches Kapital im Süden investiert wird. Andererseits werden Aufträge immer öfters mittels «Outsourcing» an formell unabhängige Firmen im Süden vergeben, die effektiv jedoch von der Marktmacht von international agierenden westlichen Firmen direkt abhängen. Das Nord-Süd-Verhältnis entspricht also sehr stark einem Verhältnis von nördlichem Kapital und südlicher Arbeit.



Lage der Hauptquartiere der 500 umsatzstärksten Unternehmen der Welt im Jahr 2020: Die meisten der dargestellten Unternehmen sind in den USA, Europa oder Japan angesiedelt. Es fällt jedoch auf, dass ebenfalls viele Unternehmen in Ostasien, vor allem China, angesiedelt sind.

Quelle: Fortune, https://interactives.fortune.com/global_500_2020/dashboard/index.html.

Smith nennt dies Arbeitsarbitrage: das Ausnutzen eines Preisunterschieds einer identischen Ware, in diesem Fall der Arbeitskraft. Unter kompetitiven Verhältnissen sollte das Ausnutzen von Arbitragemöglichkeiten dazu führen, dass der Preisunterschied identischer Waren verschwindet. Doch ist dies hier im Fall der Arbeitskraft nicht möglich, da die Ausweichmöglichkeit der Arbeiter*innen unterbunden wird. Der Kapitalfluss in den Süden aufgrund der erhöhten Rendite führt jedoch zu einem erhöhten Angebot der dort produzierten Waren, sowie einem tieferen Angebot der im Norden produzierten Waren, was die Preise der im Süden produzierten Waren unter ihren Wert senkt und die im Norden produzierten über ihren Wert erhöht. Dies führt zu einer Angleichung der Profitrate analog dem von Marx untersuchten Effekt der unterschiedlichen Profitraten bei unterschiedlicher organischer Zusammensetzung der Kapitalien in verschiedenen Industrien. Die Arbeitsarbitrage führt so zu einem ungleichen Tausch («südliche» Arbeit wird gegen weniger «nördliche» Arbeit getauscht) und damit zu einem Wert- und Reichtumstransfer vom Süden in den Norden.

Globale Wertketten

Wenden wir uns nun der neuen Art der Mehrwertextraktion zu. Wie können sich die international agierenden

Konzerne, also die westliche Bourgeoisie, den im Süden produzierten Mehrwert aneignen, wenn sie die Produktion nicht direkt kontrollieren? Die indonesische Soziologin Intan Suwandi geht genau dieser Frage nach. Wie bei Lenin spielt bei ihr der monopolistische Charakter der nun international agierenden westlichen Konzerne eine Hauptrolle. Ein Monopol bezeichnet ein Unternehmen oder allgemeiner eine kleine Anzahl Unternehmen, die als alleinige Anbieter oder Nachfrager auf einem Markt auftreten und damit aufgrund mangelnder Konkurrenz die Preise zu ihren Gunsten beeinflussen können. Sie folgt dabei der Monthly-Review-Schule¹⁸, welche die monopolistischen Aspekte des modernen Kapitalismus betont.

Suwandi¹⁹ untersucht globale Wertketten, das heisst den Wertaspekt von globalen Waren- und Lieferketten, also zum Beispiel wo wie viel Gewinne gemacht werden. Globale Wertketten sind die oft komplexen Verknüpfungen von Produkten, von der primären Produktion bis zum Endkonsum und allen Stationen dazwischen, in denen oft viele verschiedene Firmen unterschiedlicher Länder betei-

18 Monthly Review ist eine 1949 gegründete, marxistische Zeitschrift in den USA. Ihr Hauptredaktor ist zurzeit der Soziologe und Ökosozialist John Bellamy Foster.

19 I. Suwandi, Value Chains, 2019.

ligt sind. Gemäss der World Bank finden mittlerweile mehr als zwei Drittel des Welthandels in Form von Wertschöpfungsketten statt.²⁰ Sehr oft ist es der Fall, dass am Anfang dieser Ketten kleinere Firmen aus dem Globalen Süden stehen und am Ende grosse monopolistische Firmen aus dem Westen (siehe Bild 3).

Suwandis konkrete Untersuchung fokussiert auf Indonesien, nach China und Indien das Land mit den meisten Arbeitsstellen mit Bezug zu den internationalen Warenketten. Die dabei zutage gebrachten Prozesse lassen sich aber weltweit beobachten: Die lokalen Firmen nehmen eine Rolle ähnlich der eines Subkontraktors²¹ ein und befinden sich dabei in einem abhängigen Verhältnis zu ihren Kunden, den multinationalen Konzernen.

Die Verhandlungsmacht liegt auf Seite der multinationalen Konzerne. Die vom lokalen Produzenten angewandte Technologie stammt oft vom Kunden, der die Kontrolle darüber be-

« International agierende westliche Konzerne benutzen ihre Marktmacht, um sich in abhängigen Firmen produzierten Mehrwert anzueignen und den Globalen Süden nach den Interessen der Kapitalakkumulation zu formen.»

hält. Ebenso bestimmt der Kunde die Produktspezifikationen und die Anwendung von spezifischen Herstellungsprozessen oft im Detail. Aufgrund der Konkurrenz mit anderen lokalen Firmen ist höchste Flexibilität notwendig. Dabei versuchen die abhängigen Firmen wo immer möglich den auf ihnen lastenden Druck auf ihre Angestellten weiterzugeben.

Unter monopolistischen Bedingungen können die multinationalen Konzerne wegen fehlender Konkurrenz auf Kaufseite ihre Marktmacht ausnutzen, um die Preise zu beeinflussen und weit unter den Wert zu drücken. So können sie sich einen guten Teil des produzierten Mehrwerts aneignen. Je grösser die Konzerne sind und je stärker die Konkurrenz der lokalen Firmen untereinander ist, desto stärker ist die Verhandlungsmacht der Konzerne und desto leichter fällt es ihnen, sich den produzierten Mehrwert anzueignen.

Um dies zu veranschaulichen schauen wir uns Smiths Beispiel eines in Bangladesch hergestellten T-Shirts an, das von H&M in Deutschland zu 4.95 EUR verkauft wird. H&M zahlt der Manufaktur 1.35 EUR, diese hat 40¢ für die US-amerikanische Baumwolle ausgegeben. Der Transport nach Deutschland beträgt 6¢. Folglich verbleiben 3.54 EUR in Deutschland

(Transport, Löhne, Steuern und Profit) und werden demnach zum deutschen BIP gerechnet. Die in Bangladesch verbleibenden 0.95 EUR werden auf Löhne und Profite aufgeteilt. Das Beispiel verdeutlicht, wie viel des geschaffenen Wertes im Norden angeeignet wird. Ausserdem zeigt es nach Smith auch, dass das BIP nicht das Gesamtprodukt eines Landes, sondern den von diesem Land angeeigneten Wert misst.

Aussicht

Das Kapital bewegt sich heute beinahe grenzenlos über den Planeten, während der Arbeitskraft restriktive Grenzregime im Wege stehen. Dies führt dazu, dass das Kapital auf der Suche nach maximalem Profit weltweit die günstigste Arbeitskraft sucht, während Arbeiter*innen nicht in besser bezahlte Regionen ausweichen können. Das Resultat davon ist die als Globalisierung bezeichnete Verlagerung der Produktion in den Globalen Süden und die damit einhergehende «Deindustrialisierung» des Nordens.

Das Nord-Süd-Verhältnis ist jedoch kein symmetrisches Verhältnis, sondern oft ein Verhältnis von nördlichem Kapital zu südlicher Arbeit, direkt als ausländische Direktinvestition und Portfolioinvestment oder indirekt über Outsourcing. In letzterem Fall benutzen international agierende westliche Konzerne ihre Marktmacht (Zugang zu Absatzmärkten, Kontrolle von Technologien) um sich in abhängigen Firmen produzierten Mehrwert anzueignen und den Globalen Süden nach den Interessen der Kapitalakkumulation zu formen.

Die eben untersuchte Verlagerung der Produktion in den Globalen Süden hat die ungleichen und ausbeuterischen Nord-Süd-Verhältnissen mehrheitlich reproduziert. Daneben hat es einzelnen Ländern, insbesondere China, aber auch ermöglicht eine erfolgreiche Industrialisierung durchzumachen und der untergeordneten Rolle auf Weltebene zu entkommen. Wie sich dies weiterentwickelt und inwiefern dadurch neue innerimperialistische Spannungen entstehen (z.B. im südchinesischen Meer), ist eine der wichtigen Fragen des 21. Jahrhunderts. Dies gilt insbesondere, da die Weltordnung, wie sie sich nach dem Kalten Krieg etabliert hat, Auflösungserscheinungen zeigt, und zuletzt gehäuft unter Schocks wie Terroranschlägen, Finanzkrisen und nun einer Pandemie leidet, alles Entwicklungen, die in einem engen Zusammenhang mit der Dynamik von Kapitalismus und Imperialismus stehen. Diese Entwicklungen führten auch zum Erstarken der Rechten, sowohl im Norden als auch im Süden, und zu zunehmenden nationalistischen Spannungen. Gleichzeitig kam es gerade seit 2019 weltweit auch vermehrt zu Aufständen der Bevölkerung, die für eine solidarische Welt einsteht.

Trotz der internationalen Differenzierung ist das Proletariat mit der globalen Ausbreitung des Kapitalismus mehr denn je eine internationale Klasse. Sein Selbstbefreiungskampf muss damit auch ein internationaler sein. Das heisst auch, dass eine sich als internationalistisch verstehende Linke die Konfrontation mit den im Westen angesiedelten international agierenden Konzernen suchen muss. Es gilt immer noch der Schlusssatz des kommunistischen Manifests: Arbeiter*innen aller Länder, vereinigt euch!

20 World Bank, Global Value Chains Development Report 2019.

21 Ähnliches lässt sich in der Schweiz zum Beispiel in der Baubranche beobachten.

SCHWERPUNKT IMPERIALISMUS

Der Schweizer Imperialismus

Eine marxistische Interpretation

Ist die Schweiz imperialistisch? Ein Land, in dem ein Selbstbild der humanitären Tradition, des vernünftigen Ausgleichs, des Pazifismus und der politischen Neutralität hochgezüchtet wird, in dem es scheinbar allen gut geht, eine starke «Mittelschicht» dafür sorgt, dass alles im Lot bleibt? Ein Land, das sich gerne als «Erfolgsmodell» sieht? Im Folgenden wollen wir dieser Frage nachgehen.¹

von Willi Eberle (BFS Zürich)

¹ Dieser Text ist eine stark gekürzte und aufdatierte Version des Aufsatzes Eberle (2014). Die polit-ökonomische Grundlage des verwendeten Imperialismusbegriffs werden in Eberle (2020) umrissen. An beiden Orten finden sich weiterführende Literaturhinweise.

Imperialismustheorien und die Schweiz

Ab dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts fand eine nachhaltige und tiefgehende Veränderung des Kapitalismus statt: Die moderne Staatenbildung akzentuierte sich. Die politischen Strukturen bildeten sich heraus, um die internationale Konkurrenz und den Klassenkonflikt politisch auf neue Grundlagen zu stellen. Am Anfang des 20. Jahrhunderts wurden diese Veränderungen auch von bürgerlichen Theoretiker*innen noch offen und unverblümt debattiert. Damals standen diese Veränderungen auch im Zentrum der marxistischen Debatten um revolutionäre politische Strategien. In der Schweiz, die bereits damals eine besondere Rolle in der sich herausbildenden imperialistischen Ordnung der Mehrwertaneignung und -verwaltung spielte, wurde dies beispielsweise durch den bürgerlichen Ökonomen Richard Behrendt 1931 und durch den Kommunisten Pollux, Georges Baehler, in den 1940er Jahren geleistet.

Die Schweizer Industrie produzierte bereits um die Mitte des 19. Jahrhunderts mehr für den Export als für den Binnenmarkt. Die Schweizer Handelsgesellschaften hatten seit längerem eine solide Verankerung rund um den Globus und Teile der Industrie und die Banken begannen zunehmend, international eine herausragende Rolle zu spielen. Die Arbeiter*innenklasse war kämpferisch wie anderswo. Diesem Kampfgeist wurde durch die Unternehmer*innenschaft einerseits mit Repression, andererseits mit Kooptation begegnet. Und – ebenfalls wie andernorts in Europa und den USA – wurde mit der geförderten Immigration von billigeren Arbeitskräften die Löhne gedrückt.

Was die Schweiz aber bereits damals von den führenden imperialistischen Staaten – Grossbritannien, Deutschland, Frankreich, Italien, Russland, Belgien, den USA und anderen – unterschied, war, dass der Militarismus innenpolitisch zwar eine wichtige Rolle spielte, sie aber über keine Kolonien verfügte. Die politischen Eliten beriefen sich seit fast fünf Jahrhunderten auf die politische Neutralität. Ab dem späten 19. Jahrhundert hatten die Banken innenpolitisch die Führung übernommen.¹ Zudem waren die grossen Organisationen der Arbeiter*innenbewegung über ihre Führungen spätestens seit dem Ersten Weltkrieg in die politische Ordnung der Klassenzusammenarbeit eingegossen. Das heisst, die Gewerkschaftsführungen und die Sozialdemokratie setzten auf Möglichkeiten von Vereinbarungen mit den Unternehmer*innen und deren Organisationen und nicht auf die Stärkung der Kampfkraft der Arbeiter*innenbewegung. Die revolutionären Erhebungen seit dem Ersten Weltkrieg in Europa scheiterten letztendlich an dieser politischen Grundkonstellation der Hegemonie des Reformismus. Ähnliches spielte sich in allen wichtigen Staaten Europas ab, aber in der Schweiz wurden die Fäden der Klassenzusammenarbeit besonders dicht und tief in das gesellschaftliche und politische Funktionieren hineingewoben. Dies vor dem Hintergrund eines äusserst stabilen inneren Zusammenhaltes der Bourgeoisie, der sich darauf stützt, dass die Schweiz von den Zerstörungen und tiefen Krisen, wie sie andere Staaten im 20. Jahrhundert durchlebt hatten, verschont blieb.

1 Immer noch ein Klassiker für die Herausbildung der politischen Hegemonie der Schweizer Banken: Pollux (1944).

In der marxistischen Linie der Imperialismustheorien stand diese Problematik des Reformismus und der Klassenzusammenarbeit implizit oder explizit im Zentrum des Interesses. Bei Lenin wird die Auseinandersetzung mit dem Reformismus durch die Diagnose eines «verfaulenden Kapitalismus» und der «Aktualität der Revolution» beschrieben. In dieser Sicht besteht die soziale Basis des Reformismus aus einer Schicht mehr oder weniger privilegierter Werktätigen, der sogenannten Arbeiteraristokratie – nach heutiger Terminologie der Mittelschichten – und aus politisch eher konservativen Teilen der Arbeiter*innenschaft. Diese Schichten wollen keinen Bruch mit den Unternehmer*innen und ihrem Staat. Die Bürokratien der Arbeiter*innenorganisationen stützen sich teilweise auf diese eher retardierenden Teile. Sie haben aber auch eigene Interessen, die sie an die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie binden, auch wenn dabei wichtige materielle Interessen der grossen Mehrheit der Werktätigen verletzt werden. Dieser Aspekt ist in der Periode der neoliberalen Offensive geradezu kennzeichnend für die Krise der Organisationen der Arbeiter*innenbewegung. Die Pfeiler dieser Klassenzusammenarbeit sind in der Schweiz die Sozialpartnerschaft mit der absoluten Friedenspflicht und die Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratie.

Die Schweiz im Imperialismus: Ein «Erfolgsmodell» für wen?

Die marxistische Imperialismus-Theorie interessierte sich schon immer für die Formen von politischer Herrschaft und ihrer Institutionen, für die Dynamik der kapitalistischen Konkurrenz im Staatensystem als Konflikt um die Kontrolle über Märkte und für die Frage, wie diese Herrschaft im Interesse der massgeblichen Kapitalfraktionen über die Grenzen des Landes ausgedehnt werden kann. Kurzum, die marxistische Imperialismus-Theorie bemüht sich darum, die historische Entwicklung des Kapitalismus im grösseren Zusammenhang auf globaler Ebene zu verstehen (Callinicos, 67). Letztendlich geht es um die Kontrolle der Produktion und Akkumulation von Mehrwert im globalen Massstab.²

In diesem allgemeinen Sinne muss von einem Schweizer Imperialismus gesprochen werden. So sind pro Kopf die ausländischen Direktinvestitionen (FDI) bedeutender als in jedem anderen Land und ihr Wachstum verlief über die vergangenen Jahrzehnte überdurchschnittlich. Dies bedeutet, dass im helvetischen Kapitalismus pro Kopf mehr Mehrwert akkumuliert wird als anderswo. Und dies liegt an der ausserordentlich hohen Konzentration von multinationalen Konzernen. Letztere sind die eigentlichen Gewinner der neoliberalen Offensive, die in den 1970er Jahren einsetzte.

In diesem Zusammenhang ist auch die starke Entwicklung des globalen Handels und der Freihandelsverträge vor allem ab dem Beginn der 1990er Jahre zu erwähnen. Zwischen 1970 und 2000 ist das Volumen des Welthandels um den Faktor 24 gestiegen, das Volumen des Handels mit Halbfabrikaten gar um den Faktor 100! Dies ist ein starkes Indiz für das Vorantreiben der internationalen Arbeitsteilung entlang einer Optimierung und Ausdifferenzierung der globalen Wertschöpfungsketten.

2 Siehe dazu beispielsweise Smith 2016 und Suwandi 2019.

Das global operierende Kapital hat über die vergangenen vier bis fünf Jahrzehnte seine Möglichkeiten ausgebaut, gerade auch über eine Neuausrichtung der Produktions- und Verteilungsketten, die Produktion dort zu platzieren, wo die Kosten insbesondere die Löhne am tiefsten und weitere Bedingungen (Rechtssicherheit, berufliche Qualifikationen, politische Stabilität, Steuern, fortgeschrittene Liberalisierung des Arbeitsmarktes, geringe Umweltstandards, Repression von Gewerkschaften etc.) optimal sind. Diese Neuausrichtung der Produktions- und Verteilungsketten ermöglichte eine überdurchschnittliche Akkumulation von Mehrwert für wenige hundert Multinationale Konzerne.

Die erhöhte Ausbeutung der Lohnabhängigen wurde aufgrund der neuen Kräfteverhältnisse auch in Europa und den USA durch eine forsche Durchsetzung von Programmen des Sozialabbaus, Massenentlassungen und Lohnsenkungen umgesetzt. Die Führungen der wichtigsten Organisationen der Arbeiter*innenbewegung – der Sozialdemokratie, der Kommunistischen Parteien und der Gewerkschaften – leisteten meist kaum Widerstand dagegen oder waren, sofern in der Regierung, eifrig damit beschäftigt, solche Programme selbst durchzusetzen und gegenüber ihrer Basis zu vertreten. Tragische Beispiele sind etwa die Agenda 2010 und Hartz IV durch die sozialdemokratische Regierung in Deutschland (2003) und die Umsetzung der harten Abbauprogramme in Griechenland durch die Syriza-Regierung (2015) oder der aktuellen «linken» Regierungen in Spanien und Portugal. All dies in der Hoffnung, dadurch von der Bourgeoisie respektiert zu werden und «Schlimmeres verhindern» zu können. Dieser Prozess beschleunigte sich in den 1990er Jahren, vor allem auch durch den Zusammenbruch der Sowjetunion, den Anschluss der DDR an die BRD und die Herausbildung der Europäischen Union und deren Osterweiterungen mit dem grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt.

Dieser wachsende strukturelle Druck auf die Löhne und

Arbeitsbedingungen in Europa und den USA lässt sich gut veranschaulichen an der Entwicklung der globalen Lohnquote, das heisst des Anteils der Löhne am Bruttoinlandsprodukt (BIP). Diese hat sich im Verlaufe der vergangenen vier Jahrzehnte weltweit im Durchschnitt von etwa 70 % auf unter 60 % verringert. In der Schweiz war diese Senkung der Lohnquote weniger dramatisch, unter anderem weil der Anteil der oberen Lohnsegmente aufgrund der überdurchschnittlichen Präsenz von Konzernzentralen und Banken stark gewachsen ist. Also aufgrund der Rolle der Schweiz im Imperialismus.

Für diese Konzernzentralen ist die Schweiz attraktiv. Dies liegt nicht nur an den ausserordentlich tiefen Steuerregimes für Unternehmen und Reiche. Wichtige Faktoren sind auch die Stabilität der Politik, der Währung, ein sehr gut ausgebauter Schutz des Eigentums, eine moderne und durch den Staat zur Verfügung gestellte Infrastruktur, die Nähe der Hochschulen zum Arbeitsmarkt, ein ausgefeiltes Patentrecht, ein liberaler Arbeitsmarkt ohne Kündigungsschutz, hoch entwickelte Mechanismen der Klassenzusammenarbeit sowie eine vergleichsweise tiefe Staatsverschuldung. Seit über zwanzig Jahren rangiert die Schweiz auf den allerobersten Plätzen der WEF-Rangliste der weltweit unternehmensfreundlichsten Länder, verfügt über eine sehr breite Mittelschicht mit einer guten Ausbildung, eine gute Infrastruktur für Verkehr, Telekom, Wasser- und Energieversorgung, ein sehr gutes Bildungssystem und so weiter. Sie steht aber auch an der Spitze bei der Ungleichverteilung. Der Reichtum der Reichsten hat stark zugenommen: Das Vermögen der oberen 1% hat sich seit 1990 versiebenfacht. Die Frankenrendite liegt über jener anderer wichtiger Währungen, und pro Kopf der Bevölkerung wird von Schweizer Banken der höchste Betrag an ausländischem Vermögen verwaltet (mehr als das Fünffache des BIP). Damit hat der helvetische Kapitalismus in den vergangenen 25 Jahren seine Position in der globalen Konkurrenz gegenüber anderen Staaten im Kontext der Kri-

Ende September 2020 traten die Mitarbeiter*innen der Logistik-Firma XPO in den **Streik**. Sie wehrten sich gegen die Schliessung der Genfer Niederlassung und damit der Entlassung aller Angestellten.



Die **Klimajugend** sucht radikale Antworten: Besetzung des Bundesplatzes im Herbst 2020 vor dem Bundeshaus in Bern, dem Sitz der Schweizer Regierung.



sen um 2000/2002, 2008/2009, 2015 und vermutlich auch 2020 stark ausgebaut.

Für die Reichen, die Reichsten und die Unternehmen ist die Schweiz also ein «Erfolgsmodell». Hier werden sie am tiefsten besteuert, können auf eine solide Erhöhung ihres Reichtums und ein sehr wohlwollendes politisches Umfeld zählen. Hierzulande besitzt 1% der Bevölkerung über 40% des Reichtums. Zugleich verdienen jedoch auch 8% der arbeitenden Bevölkerung derart tiefe Löhne, dass sie selbst mit einem stark eingeschränkten Lebensstil damit nicht über die Runden kommen.

Und die Lohnabhängigen?

Aufgrund der grossen materiellen Bedeutung von multinationalen Konzernen fliesst auch überdurchschnittlich viel des global erbeuteten Mehrwerts in die Schweiz. Dies schlägt sich auch in einer im internationalen Vergleich sehr tiefen Arbeitslosigkeit, kaum sichtbarer absoluter Armut und einer sehr breiten Mittelschicht nieder. Es existiert ein über die vergangenen vier Jahrzehnte angewachsenes Segment von gut bis sehr gut verdienenden Arbeitenden. Vor allem im Vergleich mit anderen imperialistischen Ländern, wo sich unter den Lohnabhängigen breite Verarmungstendenzen verfestigen. Nichtsdestotrotz gibt es in der Schweiz ca. 8% Working Poor.

In den vergangenen 25 Jahren kam es in mehreren Schüben zu bedeutenden Verschlechterungen im politisch-sozialen Kräfteverhältnis. Dies wurde beispielsweise 2015 (Frankenschock) sichtbar, als es zu weit über 20'000 Entlassungen

und breiten zeitweiligen Lohnsenkungen und Arbeitszeiterhöhungen im Einverständnis mit den Gewerkschaften kam. In der aktuellen Krise wird damit gerechnet, dass zwischen Mitte 2019 und Mitte 2020 mindestens 70'000 Stellen verloren gegangen sind. Die Kurzarbeit geht zu Lasten der Arbeitslosenversicherung und der Lohnabhängigen, die häufig Lohneinbussen in Kauf nehmen müssen. Das politische System bestätigt bislang weitgehend die Interessen der Schweizer imperialistischen Bourgeoisie.

In Zeiten von starkem Wachstum wie beispielsweise Ende der 1940er bis Mitte der 1970er Jahre konnten die Arbeitenden teilweise von den Produktivitätsgewinnen profitieren. Dies zeigt sich daran, dass zwischen 1950 und 1970 die Löhne real um 70% und die Profite um 195% gewachsen sind. Diese punktuelle Teilhabe der Werk tätigen an den Produktivitätsgewinnen mittels Lohnerhöhungen hat seit der neoliberalen Wende in den 1970er Jahren abrupt aufgehört. Es wird davon ausgegangen, dass in den vergangenen 30 Jahren die Produktivitätsgewinne über 50% betragen, während die real verfügbaren Einkommen alles in allem für die grosse Mehrheit der Arbeitenden jedoch nur leicht gewachsen sind. Diese Entwicklung wäre mit einer kämpferischen Politik der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie für die Lohnabhängigen deutlich besser gewesen.

Da es in der Arbeiter*innenschaft jedoch kaum wirksame politische Widerstandsstrukturen gegen die neoliberalen Angriffe, hingegen starke und historisch durch das Kapital befeuerte fremdenfeindliche und rassistische Tendenzen gibt – wie in anderen imperialistischen Staaten –, hat sich

ab den späten 1980er Jahren um die Schweizerische Volkspartei (SVP) eine Neue Rechte entwickelt. Denn der Rassismus – als hässlicher Zwilling des Nationalismus – schafft ideologisch und politisch eine irrationale politische Solidarisierung der Werktätigen in einem Land mit «ihren» Kapitalist*innen. Demgegenüber wird die Solidarität unter den Lohnabhängigen, unter den Mieter*innen, den Konsument*innen usw. durch die Logik der Konkurrenz laufend zerstört.

Was tun: Vom Widerstand zur Revolution

Die vergangenen 25 Jahre sind weltweit durch drei Wellen sehr starker sozialer Erhebungen gekennzeichnet: Mitte der 1990er Jahre bis Anfang der 2000er Jahre der europäisch/lateinamerikanische Zyklus und die Antiglobalisierungsbewegung, 2008 bis ca. 2012 der mediterrane Zyklus – z.B. in Aegypten, Griechenland, Spanien, Frankreich und anderen Länder im Mittelmeerraum – und die Occupy-Bewegung. 2020 befinden wir uns in einem Zyklus, der ca. 2017 einsetzte und von Aufständen gegen die zerstörenden Auswirkungen der neoliberalen Offensive rund um den Globus gekennzeichnet ist.

« Die Anliegen dieser Bewegungen müssen mit den Sorgen der Arbeits- und Lebensrealität der Werktätigen verbunden werden.»

Diese sozialen Erhebungen führten nach einigen Anfangserfolgen fast immer in schwere politische – und damit soziale – Niederlagen, vor allem in Europa, den USA, in Lateinamerika und in Nordafrika. Dabei wurde die neoliberale Offensive weltweit verstärkt vorangetrieben: Marktliberalisierungen, Privatisierungen, Sozialabbau, ökologische Verwüstungen, Kriege, gewaltsame Vertreibung von Menschen, grossflächige Verarmungsprozesse, Verschärfung von unterdrückerischen und repressiven Tendenzen sind die Folgen dieser Niederlagen. Das heisst, es tobt weltweit ein verschärfter Klassenkampf.

Die progressiven Bewegungen sind vielfältig und sehr oft radikal: Sie entzündeten sich an unerträglichen Missständen und wollen sofortige Besserung und fordern damit die bestehenden bürgerlichen Herrschaftsverhältnisse, das heisst das Privateigentum und den bürgerlichen Staat, heraus. Weltweit wurden durch sie über die vergangenen 25 Jahre zahllose Regierungen gestürzt. Was dann kam, war oft noch schlimmer. An vielen Orten traten linke Regierungen an, die den Ausgleich mit den alten Eliten suchten – beispielsweise in Argentinien, Bolivien, Brasilien, Venezuela, Ecuador, Spanien, Frankreich, Griechenland. In Europa regierte in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre in elf von fünf-

zehn Ländern die institutionelle Linke – und trieb die neoliberalen Gegenreformen kräftig voran. Auch in der Schweiz: Damals kam es zu ersten Abbaumassnahmen in der Altersvorsorge und dem Service Public, die Mehrwertsteuer wurde eingeführt und grosse Steuerreformen zugunsten der Reichen und der multinationalen Konzerne wurden unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung durchgezogen. Die unsoziale Finanzierung der Gesundheitsversorgung mittels Kopfprämien wurde damals verallgemeinert.

Eine zentrale Rolle bei der politischen Umsetzung dieser Offensive spielte bis anhin der Reformismus und ab den 1990er Jahren der sogenannte Neoreformismus, der in verschiedenen Ausformungen in der radikalen Linken Fuss fasste. Derweil wuchs die sogenannte Neue Rechte und selbst neue Erscheinungsformen des Faschismus erhoben ihr Haupt.

Diese Neue Rechte wird in der Schweiz durch die Schweizerische Volkspartei (SVP) verkörpert. Sie entwickelte sich in der Schweiz um diejenigen Interessen in der Bourgeoisie, die auf keinen Fall in eine Dynamik eingebunden werden wollen, die den Interessen des US-Imperialismus entgegengesetzt ist; vor allem die Finanzindustrie und die Pharmaindustrie, die Informatik und auch Teile der Autobranche sind eher auf die USA als auf die EU ausgerichtet. Die Ablehnung der Integration in die EU war und ist auch nach der deutlichen Ablehnung der Kündigungsinitiative der SVP vom 27. September 2020 weiterhin ein zentraler Pfeiler des politischen Aufbauprojektes der SVP. Christoph Blocher, deren jahrzehntelanger Chef, und sein Umfeld aus den 1980er Jahren haben zentrale wirtschaftliche Interessen in diesen Bereichen. Zudem verkörpern sie eine Fraktion der Schweizer Bourgeoisie, der die Kosten für die Klassenzusammenarbeit in Europa zu hoch sind, und die sich eher am aggressiv klassenkämpferischen US-amerikanischen Modell orientieren, bei dem diese Kosten um einiges tiefer liegen als im europäischen Modell.

Vor welche Aufgaben stellt uns diese Entwicklung als revolutionäre Linke? Wir sehen drei grosse Herausforderungen:

1. Die Anliegen dieser Bewegungen müssen mit den Sorgen der Arbeits- und Lebensrealität der Werktätigen verbunden werden. Dies ist angesichts der sogenannten «Corona-Krise» besonders wichtig, da die Schweizer Bourgeoisie wie ihre Klassengenoss*innen rund um den Globus diese Krise erklärtermassen möglichst auf Kosten der Arbeiter*innenklasse, das heisst der grossen Mehrheit der Bevölkerung, lösen will. Zehntausende von Jugendlichen in der Schweiz haben nach ihrer Ausbildung diesen Herbst keine Stelle gefunden. Gleichzeitig macht die Jugend den Lebensnerv der radikalisierten Sektoren in den sozialen Bewegungen aus. Sie sucht radikale Lösungen für ihre Zukunft.

Gleichzeitig gibt es in den Gewerkschaften vereinzelte Zusammenhänge von linken Kräften, die eine

organische Verbindung zu radikaleren Teilen in den progressiven Bewegungen suchen. Sie sind sich der fatalen Auswirkungen der absoluten Friedenspflicht auf die Gewerkschaften und vor allem auf die Arbeiter*innenklasse bewusst. Sie geraten denn auch da und dort in Konflikt mit ihren obersten Gremien. Ein beredtes Beispiel ist ihre scharfe Massregelung durch die Gewerkschaftsführungen, als das durch linke Zusammenhänge in den Gewerkschaften getragene Referendum gegen den Abbau der Altersvorsorge («Plan Berset») in der Volksabstimmung 2017 einen Sieg errang.

Zudem gibt es immer wieder Ansätze aus radikalisierten Sektoren der Arbeiter*innenklasse, die eine organische Verbindung zu den progressiven sozialen Bewegungen suchen. Ein aktuelles Beispiel ist Workers for Future, eine Gruppe, welche die Klimabewegung mit den Fragen der Arbeitsrealität und den Fragen der Herrschaft über den gesellschaftlichen Produktionsprozess in Zusammenhang bringen will. Auch in der Feministischen Bewegung gibt es Segmente, die sich explizit aufgrund von Erfahrungen am Arbeitsplatz radikalieren und organisieren und den Bezug zu anderen sozialen Bewegungen suchen. Beispiele hierfür sind die Kinderbetreuer*innen der Trotzphase in Zürich oder die Gruppe «Care Work Unite» des Frauen*streikkollektivs Zürich.

2. Der Schluss drängt sich auf, dass eine organisierte Sichtbarkeit von politischen und sozialen Forderungen, die die Bewegungen beflügeln können, notwendig wäre. Dies läuft auf die traditionelle Orientierung eines Aufbaus klassenorientierter, revolutionärer Organisationen hinaus, jenseits aller Mechanismen der Klassenzusammenarbeit, wie sie durch die Übernahme von Regierungsverantwortung, Sozialpartnerschaft und dergleichen verkörpert werden. Dies scheint ein Erfordernis der Stunde zu sein, um dem teilweise starken Einfluss der Mittelschichten und damit den Mechanismen der Vereinnahmung der Bewegungen durch die Bourgeoisie etwas entgegenzusetzen zu können.

Auf diesem Weg lassen sich vorläufig zwar keine Massenparteien aufbauen. Aber mittelfristig könnten schwere politische und soziale Rückschläge zumindest abgemildert werden; die Bewegungen würden nicht spurlos zusammenbrechen und ein politisches Trümmerfeld hinterlassen, wie dies beispielsweise in Italien, in Griechenland, in Spanien, in Portugal, in Venezuela, in Brasilien und andernorts geschehen ist. Diese neoreformistischen Erfahrungen mit linken Regierungen und Breiten Parteien haben der revolutionären Linken und vor allem der Arbeiter*innenklasse einen vernichtenden Schaden zugefügt.

3. Es muss eine internationale revolutionäre Bewegung aufgebaut werden. Interessanterweise gibt es eine Art von sich verdichtendem Auftreten der Aufstände auf globaler Ebene. Eine solche globale Gleichzeitigkeit ist in allen drei erwähnten Wellen erkennbar, insbesondere aber in der seit ca. 2017 andauernden dritten Welle. Auffallend ist, dass diese Synchronisierung des Aufschwungs und Abschwungs spontan ist; keinerlei internationalisier-

te Organisation spielt dabei eine bemerkbare Rolle. Vielmehr ist es die Gleichzeitigkeit des Problemdrucks und bestimmte lokale Besonderheiten, die jeweils zu einem Ausbruch führen. Der Zusammenbruch seinerseits ist oft eine Konsequenz von brutaler Repression, innerer Zerrissenheit und der Orientierungslosigkeit der Bewegung, der Einbindung wichtiger Teile von dieser in die institutionellen Mechanismen und eine Erschöpfung der radikalisierten Sektoren.

Aus den vererbenden sozialen Bewegungen müssen die Erfahrungen gerettet und diese in einer längeren Perspektive der revolutionären Erhebungen der vergangenen 150 Jahre interpretiert werden, um in der nächsten Welle ausgehend von diesen Erfahrungen praktisch und programmatisch eingreifen zu können: Mit einem Programm, das die entscheidenden Fragen um Eigentum und staatlicher Macht angeht und die Bourgeoisie herausfordert. Die inneren Motive der progressiven Bewegungen nach einer Umwälzung des «Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur», des Niederreisens aller Verhältnisse, welche die Menschen zu geknechteten und ausgebeuteten Wesen machen, können nur so freigelegt und weitergebracht werden. Dafür braucht es politisch-organisatorische Handlungszusammenhänge, die auf Dauer angelegt sind. Es braucht revolutionäre politische Organisationen, die international handlungsfähig sind und eine glaubwürdige Rolle in den radikalisierten Sektoren der progressiven Bewegungen spielen.

Weiterlesen

Behrend, Richard: Die Schweiz und der Imperialismus. Die Volkswirtschaft des hochkapitalistischen Kleinstaates im Zeitalter des politischen und ökonomischen Nationalismus. Zürich, Leipzig und Stuttgart, 1932.

Callinicos, Alex: Imperialism and Global Political Economy. Cambridge, UK, 2009.

Eberle, Willi (2014): Das «Erfolgsmodell Schweiz». Versuch einer marxistischen Interpretation. Unter: maulwuerfe.ch

Eberle, Willi (2020): Imperialismus und die «verborgenen Stätten» der Mehrwertproduktion. Unter: maulwuerfe.ch

Pollux (d.i. Georges Baehler): Trusts in der Schweiz. Die schweizerische Politik im Schlepptau der Hochfinanz. Zürich, 1944.

Smith, John: Imperialism in the Twentieth-First Century. Globalization, Super-Exploitation and Capitalisms Final Crisis. New York, 2016.

Suwandi, Intan: Value Chains. The New Economic Imperialism. New York, 2019.

Gegen soziale Kälte in einer überhitzten Welt! Für das Referendum gegen das CO₂-Gesetz

Nach langem hin und her verabschiedeten die Schweizer Parlamentskammern im Herbst 2020 ein neues CO₂-Gesetz. Das Gesetz trägt den enormen Herausforderungen, vor die uns die Klimakrise stellt, in keiner Weise Rechnung. Es lässt die Hauptschuldigen unberührt und zieht die Falschen zur Verantwortung. Ein Plädoyer gegen das CO₂-Gesetz und für das Referendum.

von **Elia Baldini**

(**BFS Jugend Zürich und Klimastreik Zürich**)

Teile der Klimastreikbewegung haben gegen das neue CO₂-Gesetz von National- und Ständerat das Referendum ergriffen und so für einiges Aufsehen gesorgt. Das prominenteste Massnahmenpaket der parlamentarischen Klimapolitik in den letzten Jahren erhält damit ausgerechnet aus denjenigen Kreisen Gegenwind, die mit ihren Aktionen und Demos massgeblich zur «grünen Wende» bei den letzten nationalen Wahlen beigetragen haben. Eine breite Koalition von der FDP bis zur Grünen Partei übt dementsprechend harsche Kritik an den Referendumsplänen der Klimastreikenden. Auch in der Presse und in den sozialen Netzwerken dominiert bislang der Tenor, wonach das CO₂-Gesetz immerhin ein Etappenerfolg für den Klimaschutz sei und es daher fatal wäre, wenn «realpolitisch unerfahrene» Klimaaktivist*innen diesen hart erarbeiteten Kompromiss in einer unheiligen Allianz mit der SVP zu Fall bringen würden.

Aber sind die Referendumspläne gegen das CO₂-Gesetz, die von den meisten Westschweizer Regionalgruppen des Klimastreiks sowie einigen Dutzend Aktivist*innen aus der Deutschschweiz getragen werden, wirklich ein derartiger strategischer Unsinn? Macht sich hier ein Teil der Klimastreikbewegung tatsächlich zur Steigbügelhalterin der SVP? Um diese Frage zu beantworten, werfen wir als Erstes einen Blick auf die wichtigsten Inhalte des CO₂-Gesetzes.

Um was geht's beim CO₂-Gesetz?

Das neu ausgehandelte Gesetz hat zum Ziel, den inländischen CO₂-Ausstoss der Schweiz bis 2030 um mindestens 37.5 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Weitere 12.5 Prozent sollen im Ausland über die Unterstützung für emissi-

ons-reduzierende Projekte kompensiert werden. Damit würde in der Summe eine Halbierung der Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 vollzogen. Erreicht werden soll dieses Ziel mit einem Bündel an verschiedenen Massnahmen. Im Strassenverkehr sollen dank verschärfter Emissions-Grenzwerte neue Autos und Lastwagen bis 2030 nur noch halb so viel CO₂ ausstossen wie heute. Zudem müssten die Treibstoffimporteur*innen die Emissionen aus dem Verbrauch von Diesel und Benzin teilweise kompensieren. Finanziert würde dies über einen Aufschlag von 10-12 Rappen pro Liter fossilem Treibstoff. In der Luftfahrt würde eine Flugticketabgabe zwischen 30 und 120 Franken pro Flug eingeführt, deren Einnahmen je zur Hälfte an private Unternehmen zur Entwicklung und Anwendung neuer Technologien sowie zurück an die Bevölkerung fliessen würde. So sollen unter anderem Innovationen bei alternativen Flugzeug-Antrieben gefördert werden. Die Lenkungsabgabe auf fossile Brennstoffe (Heizöl, Erdgas, etc.) könnte von heute 120 Fr. pro Tonne CO₂ auf maximal 210 Fr. pro Tonne erhöht werden. Die Einnahmen würden weiterhin zu zwei Dritteln an Bevölkerung und Privatwirtschaft rückverteilt, ein Drittel käme den Hauseigentümer*innen als finanzieller Anreiz für Sanierungen zugute. Die 50 grössten Schweizer Treibhausgas-Emittent*innen blieben von der CO₂-Abgabe befreit, da diese seit Anfang 2020 Teil des Emissionshandels mit der EU sind. Zu guter Letzt würden durch das CO₂-Gesetz neue Ölheizungen ab 2023 faktisch verboten, jene mit Erdgas ab 2026.

Auf den ersten Blick erscheinen diese Massnahmen durchaus als ein gewisser Fortschritt für den Klimaschutz. Misst man das CO₂-Gesetz jedoch an zwei zentralen Kriterien für eine erfolgreiche Klimapolitik, wird die positive Bilanz leider getrübt.

Wird das 1.5-Grad-Ziel berücksichtigt?

Der erste Kritikpunkt betrifft die Frage, inwiefern die Zielsetzung des CO₂-Gesetzes den wissenschaftlichen Erkenntnissen zur Klimaerhitzung gerecht wird. Damit die Menschheit das 1.5-Grad-Ziel mit einer Chance von 50% erreichen kann, müssen laut dem Weltklimarat die globalen Netto-CO₂-Emissionen bis 2050 um 93 Prozent gegenüber 2010 sinken. Zur Erinnerung: Ab einer Klimaerwärmung von über 1.5 Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit ist zu erwarten, dass mehrere Kipp-Punkte im globalen Klimasystem überschritten werden. Beispiele solcher «Tipping Points» sind das Abschmelzen der Gletscher in der Westantarktis oder das Auftauen der sibirischen Permafrostböden. Ist ein Kipp-Punkt einmal in Gang gesetzt, erhitzt sich das Klima ohne menschliches Zutun noch schneller, was wiederum weitere Kipp-Punkte aktiviert. Die Folge wäre eine exponentielle Klimaerhitzung, die durch gesellschaftliches Handeln nicht mehr gestoppt werden könnte. Die natürlichen Lebensgrundlagen der menschlichen Gesellschaft, wie wir sie heute kennen, würden damit unwiderruflich ruiniert.

Doch gehen wir zurück zur oben erwähnten Modellrechnung des Weltklimarats. Wenn man sich auf diese beruft, was

in den klimapolitischen Diskussionen gang und gäbe ist, sollte man wissen, dass darin eine globale Steigerung der Kernenergie um 150% vorausgesetzt wird. Soll die globale Energiewende hingegen allein mit erneuerbaren Energien vorangetrieben werden – was die Absicht jeder halbwegs glaubwürdigen Politik mit Nachhaltigkeitsanspruch sein sollte – bleibt uns noch weniger Zeit zum Handeln. 2019 hat eine renommierte Forscher*innengruppe vorgerechnet, dass für den Fall einer nur auf erneuerbare Energien gestützten Energiewende die Welt bereits 2030 unter dem Strich Netto 0 erreichen muss.

Wissenschaft komplett ignoriert

Im Kontext dieser beängstigenden und dringlichen Faktensituation kommt nun das Schweizer Parlament mit einem CO₂-Gesetz daher, das den inländischen CO₂-Ausstoss der Schweiz bis 2030 um gerade einmal 37.5 Prozent gegenüber 1990 zu senken gedenkt. Weitere 12.5 Prozent sollen durch die Unterstützung emissions-reduzierender Projekte im Ausland kompensiert werden. Damit würde die Schweiz alle wissenschaftlich fundierten Reduktionsziele zum CO₂-Ausstoss in den Wind schlagen. Ganz zu schweigen von der Verantwortung, dass wir als früh industrialisiertes Land mit historisch grossem CO₂-Fussabdruck das globale Klimaziel vorzeitig erreichen sollten, um den sogenannten Schwellen- und Entwicklungsländern mehr Zeit für die Dekarbonisierung ihrer Gesellschaften einzuräumen.

Hauptschuldige bleiben verschont

Des Weiteren klammert das Gesetz diejenigen Emissionen, die durch den Schweizer Konsum im Ausland anfallen, sträflich aus. Dessen klimaschädlicher Fussabdruck ist ungefähr gleich hoch wie der gesamte inländische CO₂-Ausstoss der Schweiz. Und dann bleibt noch die schwerwiegendste und dreisteste Lücke der Vorlage: Im CO₂-Gesetz werden die im Ausland anfallenden Emissionen hiesiger Banken und Konzerne konsequent ausgeklammert. Dabei sind nur schon die klimaschädlichen Emissionen des Schweizer Finanzplatzes rund 20 Mal höher als die aller Haushalte zwischen Genfer- und Bodensee zusammen! Ein Schweizer CO₂-Gesetz, das für die Finanzflüsse und Handelsbeziehungen hiesiger multinationaler Konzerne keine überzeugende Dekarbonisierungsstrategie vorlegt, ist also nichts anderes als ein Affront unseres Landes gegenüber der übrigen Weltgemeinschaft – besonders gegenüber den Ländern des Globalen Südens, wo ein Grossteil der durch Schweizer Konzerne verursachten, klimaschädlichen Umweltzerstörung stattfindet und die Menschen notabene schon heute am stärksten von den Folgen der Klimaerhitzung betroffen sind.

Schweiz missachtet ihre Verantwortung

Angesichts dieser enttäuschend schwachen Zielsetzung muss man konstatieren: Der überwältigende Anteil der klimaschädlichen Emissionen, die mit der Schweiz in Verbindung gebracht werden können, ist vom CO₂-Gesetz gar nicht betrof-

fen. Unter diesen Umständen erscheint das Argument, dass die Reform ein Schritt in die richtige Richtung sei, doch sehr zurechtgebogen. Mit dem CO₂-Gesetz würde in erster Linie die grobfahrlässige Missachtung der klimapolitischen Verantwortung der Schweiz gesetzlich zementiert. Im Falle eines Scheiterns der Vorlage würden, abgesehen von ein paar völlig ungenügenden inländischen Massnahmen, kaum substantielle Fortschritte im Kampf gegen die Klimakrise torpediert, da das CO₂-Gesetz schlichtweg fast keine enthält. Dazu abschliessend noch zwei Beispiele zum Verkehr, der innerhalb der Schweiz die wichtigsten Emissionsquelle ist.

Verkehrswende weit weg

Was bringt es uns bitte, dass neue Autos bis 2030 nur noch halb so viel CO₂ ausstossen dürfen, wenn selbst bei einem sofortigen Austausch aller benzin- und dieselbetriebener PKW auf der Welt durch elektrische Fahrzeuge die Erreichung des 1.5-Grad-Ziels bereits gescheitert wäre? Solange wir auf diesem Erdball weiterhin alljährlich 80 Millionen durchschnittlich über eine Tonne schwere Autos unter immenssem Energieaufwand herstellen, nur damit darin ein einzelner, ungefähr 75 kg schwerer Mensch eine Stunde pro Tag über versiegelte Asphaltflächen zur Arbeit fahren kann, und sein Gefährt sonst 23 Stunden am Tag nutzlos auf einem baumlosen Parkfeld oder in einer mit tonnenweise klimaschädlichem Beton errichteten Tiefgarage herumsteht, solange wird eine ökologisch nachhaltige Verkehrswende zur Verhinderung einer ungebremsten Klimaerhitzung bereits im Vornhinein zum Scheitern verurteilt sein – ganz egal, ob die Autos nun einen elektrischen Antrieb haben oder nicht. Der einzig ökologisch tragfähige Ansatz in der Nahverkehrsgestaltung ist, dass wir in den nächsten Jahren mit einem Bruchteil der aufgewendeten Energie ein dichtes und kostenloses Bahn-, Tram- und Bussystem errichten. Dieses wird die Menschen erstens genauso komfortabel von A nach B bringen, zweitens die Umwandlung von Milliarden Hektaren asphaltierter Verkehrsfläche in grüne Naherholungszonen ermöglichen, und drittens zulassen, dass wir anschliessend enorme Mengen an eingesparter Energie in den dringend benötigten Aufbau einer flächendeckenden erneuerbaren Energieversorgung stecken können.

Gleiches gilt für die Förderung von fossilfreien Antrieben in der Luftfahrt. Es ist aus Gründen der Energieeffizienz schlichtweg haarsträubend, dass mit der Flugticketabgabe des CO₂-Gesetzes unter anderem die Markteinführung von synthetischem Kerosin subventioniert werden soll, welches in der Herstellung einen Energieverlust von 80% aufweist. Stattdessen muss die Schweiz im Bereich der Langdistanz-Mobilität unverzüglich Geld in die Hand nehmen, um den raschen Aufbau eines leistungsstarken trans-eurasischen Netzes für Hochgeschwindigkeitszüge international voranzutreiben.

Rücksicht auf soziale Frage ist zentral

Der zweite wichtige Punkt zur Beurteilung des CO₂-Gesetzes ist die soziale Dimension der darin enthaltenen Massnah-



men. Diese beeinflusst die gesellschaftliche Akzeptanz von Klimaschutzanliegen massgeblich und ist im Kampf gegen die Klimakatastrophe daher ein entscheidender Faktor. Wie schon erwähnt steht die Menschheit heute vor der historisch beispiellosen Herausforderung, ihre CO₂-Emissionen innert weniger Jahre weltweit auf Netto 0 zu senken, damit eine ungebremste Klimaerhitzung noch verhindert werden kann. Der Klimabewegung kommt dabei die Verantwortung zu, eine Mehrheit der Menschen von einem grundlegenden und zeitnahen ökologischen Umbau fast aller Gesellschaftsbereiche zu überzeugen. Jede*r Klimaaktivist*in kann ein Liedchen davon singen, dass das unter den aktuellen Umständen alles andere als einfach wird. Geprägt durch die bisherige Klimapolitik der Nationalstaaten hat ein Grossteil der Bevölkerung heute eine sehr einseitige Vorstellung von Klimapolitik: Die meisten Menschen denken beim Wort Klimapolitik vor allem an die Verteuerung umweltschädlicher Konsumgüter, an CO₂-Steuern und höhere Benzinpreise. Alles Massnahmen, bei denen die Unternehmen die Kosten mühelos auf die Konsument*innen abwälzen können und die ärmere Menschen im Verhältnis zu ihrem Budget viel stärker treffen als Reiche.

Ängste vor echtem Klimaschutz werden zementiert

Diese Tatsache führt dazu, dass viele Menschen davor zurückschrecken eine im Sinne des 1.5-Grad-Ziels ausreichend radikale Klimapolitik zu fordern, da sie Angst haben, dass



das mit einer erheblichen Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen verbunden wäre. Stattdessen befürworten sie lieber einen völlig unzureichenden Kompromiss, der für ihr Portemonnaie verkraftbar ist und sie hoffen lässt, dass damit immerhin ein kleiner Schritt für eine gesicherte Zukunft getan werde – eine folgenschwere Fehleinschätzung. Es braucht in Anbetracht der eingangs vorgestellten Massnahmen keine besonders ausgeklügelte Analyse, um zu merken, dass das CO₂-Gesetz ein klassisches Beispiel für eine Vorlage ist, die eben diese verzerrte Vorstellung zementiert.

Eine sozial-ökologische Wende ist möglich

Dabei ist es durchaus machbar, wirksamen Klimaschutz zur Einhaltung des 1.5-Grad-Ziels mit einem Lebensstandard zu verbinden, in dem die wichtigsten Bedürfnisse von allen Menschen auf dieser Welt abgedeckt sind. Es gibt allerhand tragfähige Konzepte für einen ökologisch-sozialen Umbau der Gesellschaft, mit denen wir sofort loslegen könnten, sobald eine Mehrheit der Menschen bereit wäre, die Profit- und Wettbewerbslogik des aktuellen Systems zu überwinden. Es ist möglich, sogar klimaschädliche Sektoren mit hoher volkswirtschaftlicher Bedeutung wie etwa die Automobil- und Rüstungs-Industrie, die fossile Energie-Erzeugung, das Investment-Banking oder die Luftfahrt in wenigen Jahren massiv zurückzubauen, sofern man den betroffenen Arbeiter*innen durch Lohngarantie und

Umschulungsprogramme die Angst nimmt, dabei auf der Strecke zu bleiben. Das Gesundheitswesen, die Kinder- und Altenbetreuung, der öffentliche Nahverkehr oder der Aufbau eines dezentralen Versorgungssystems für erneuerbare Energien können ohne explodierende Steuerlast für die Lohnabhängigen in öffentlichen Besitz übertragen und durch substantielle Investitionen ausgebaut werden, wenn man die Einkommens- und Vermögenssteuern für Superreiche erhöht und die Überführung von klimaschädlichen Grosskonzernen in öffentliche Betriebe vorantreibt.

Den Glauben an radikale Veränderungen stärken

Das Problem ist, dass viele Menschen diese Transformationskonzepte schlicht nicht kennen, beziehungsweise die kapitalistische Wirtschaftsdoktrin komplett andere Glaubenssätze hochhält als den Grundsatz, dass wir uns alle gemeinsam für die Sicherung unserer Lebensgrundlagen ins Zeug legen und dabei niemanden zurücklassen. Es liegt daher im ureigenen Interesse der Klimabewegung, dass gesellschaftliche Alternativen wie diese nun verstärkt an die Bevölkerung herangetragen werden.

Für eine aufsässige Alternative im Abstimmungskampf

Das Referendum gegen das CO₂-Gesetz bietet den zivilgesellschaftlichen Kräften, die für einen sozial-ökologischen Wandel zur Einhaltung des 1.5-Grad-Ziels kämpfen, eine einmalige Bühne. Von ihr aus werden wir einem breiten Teil der Bevölkerung darlegen können, dass eine soziale und konsequente Klimapolitik im Hier und Jetzt möglich und erstrebenswert ist. Es wäre fatal, das gesellschaftliche Rampenlicht im Zusammenhang mit dem CO₂-Gesetz-Referendum zwei Lagern zu überlassen (pro-Gesetz und SVP-Referendum), die beide kein Konzept zur Abwendung einer Klimakatastrophe präsentieren. Es braucht in diesem Abstimmungskampf unbedingt eine aufsässige, dritte Position. Eine Perspektive, die den Klimaleugner*innen der SVP den Wind aus den Segeln nimmt, sich als aufrichtige Verteidiger*innen der Werktätigen aufspielen zu können. Eine alternative Stimme, die sich von den Verfechter*innen dieses komplett ungenügenden CO₂-Gesetzes nicht vereinnahmen lässt, sondern aufzeigt, dass mit dieser Alibiübung die globale Verantwortung der Schweiz krass missachtet und die Skepsis gegenüber einer konsequent am 1.5-Grad-Ziel orientierten Klimapolitik noch weiter angeheizt wird, womit im Kampf gegen die Klimakatastrophe mehr verloren als gewonnen wäre.

Oder in anderen Worten: Dies ist die Rolle einer un-nachgiebigen Klimabewegung, die nie vergisst, dass der Kampf gegen die Überhitzung der Welt immer auch ein Kampf gegen die soziale Kälte des Kapitalismus sein muss. Auf zum Referendum für eine konsequente und soziale Klimapolitik!

Stell dir vor, der Bundesplatz wird besetzt – und die revolutionäre Linke bleibt zuhause

Die Besetzung des Bundesplatzes Ende September 2020 hat landesweit für Aufsehen gesorgt. Viele selbsterklärte Antikapitalist*innen haben aber nur begrenzt mitgemacht. Die meisten haben bestenfalls zugeschaut, schlimmstenfalls arrogante Kritik geübt. Eine etwas polemische Kritik der antikapitalistischen «Szene». Und vor allem ein Aufruf zu mehr Bescheidenheit und weniger Besserwissertum.

von Luca Caplero (BFS Basel)

Die Besetzung des Bundesplatzes im September 2020 hat für grosse Aufmerksamkeit gesorgt. Mit einer eindrücklichen Aktion des zivilen Ungehorsams haben mehrere hundert Klimaaktivist*innen ein starkes Zeichen gegen die kriminelle Untätigkeit von Regierung und Parlament gesetzt. Gleichzeitig haben sie die am Bundesplatz ansässigen Finanzakteure der Schweiz, wie zum Beispiel die Schweizer Nationalbank und die Credit Suisse, für ihren grossen Anteil an der Klimakrise kritisiert. Der Aktion ist es gelungen, radikale Forderungen und Systemkritik mit Breitenwirksamkeit zu verbinden. Es hat sich gezeigt, dass trotz der Corona-Pandemie die Klimabewegung nicht einfach verstummt ist – und trotz Veränderungen und politischen Ausdifferenzierungen wohl nicht so schnell verschwinden wird.

Doch nicht nur das politische Establishment wurde durch diese Aktion aufgeschreckt. Auch viele Linke wurden auf dem falschen Fuss erwischt, wie sie auch vom Aufkommen der Klimastreikbewegung vor mehr als einem Jahr überrumpelt wurden. Trotz klar systemkritischer Forderungen blieben viele Gruppen der ausserparlamentarischen und antikapitalistischen Linken den Vorbereitungen der Aktion sowie den Aktionstagen selbst fern. Damit ist nicht gemeint, dass

sich keine*r der an der Besetzung des Bundesplatz Beteiligten als Antikapitalist*in bezeichnen würde – im Gegenteil: Viele Teilnehmende hatten systemkritische Positionen und Forderungen. Wir müssen jedoch feststellen, dass Kollektive, die mit einem antikapitalistischen Selbstverständnis auftreten, nur sehr begrenzt sichtbar waren. Das sollte zu denken geben.

Die Gründe für ein solches Fernbleiben sind natürlich sehr vielfältig. Die ausserparlamentarische Linke ist sehr klein und politisch fragmentiert. Viele ihrer Aktivist*innen haben während der Aktion wohl mehrheitlich ihre Zeit für andere politische Projekte verwendet. Die Gründe liegen aber auch in einem Misstrauen und bisweilen einer regelrechten Arroganz, mit der solche Gruppen der Klimagerechtigkeitsbewegung gegenüberstehen. Vonseiten anarchistischer Kollektive wird seit längerem immer wieder bemängelt, dass der politische Diskurs der «Friedfertigkeit» und «Gewaltfreiheit» militantere Aktionen delegitimieren würde. Und die sozialistische Gruppe «der Funke» hat vor und während des Rise up for Change mehrmals direkt die Aktionsform des zivilen Ungehorsams kritisiert. Diese Aktionsform würde die Arbeiter*innenklasse abschrecken, so die äusserst problematische



Argumentation vom Funke. Bevor ich erläutern möchte, weshalb diese Aktion sehr wohl ein entscheidender Schritt in die richtige Richtung war und weshalb sich alle Antikapitalist*innen in dieser Bewegung engagieren sollten, ist auch etwas Selbstkritik vonnöten: Obwohl die Bewegung für den Sozialismus das Rise up for Change klar unterstützt hat und sich einzelne Mitglieder teils stark beteiligt haben, ist es auch uns nicht gelungen, koordiniert und systematisch diese Aktion zu unterstützen.

Schweizweite Vernetzung

Die Aktion auf dem Bundesplatz wurde von verschiedenen Kollektiven der Klimagerechtigkeitsbewegung getragen. Neben dem Klimastreik und Extinction Rebellion, die in verschiedenen Landesteilen aktiv sind, beteiligten sich auch lokale oder regionale Klimagruppen wie das Collective Climate Justice aus Basel oder das Westschweizer Collective Break-free an den Vorbereitungen und der Durchführung.

Dieser Zusammenschluss von verschiedenen Gruppen mit unterschiedlichen politischen und aktivistischen Herangehensweisen ist nicht nur ein Novum, sondern auch ein sehr wichtiger Schritt für die schweizweite Vernetzung und den politischen sowie strategischen Austausch zwischen den Aktivist*innen. Es ist sehr zu begrüßen, dass Klimastreikende das Label der «Klimajugend» ablegen wollen und sich auch mit älteren Aktivist*innen organisieren möchten. Auch zu begrüßen ist, dass sich einige Kreise des Klimastreiks auf andere Gruppen zubewegt haben und eine Vielfältigkeit von Aktionsformen und Forderungen in Betracht zu ziehen beginnen. Zu kritisieren ist hingegen die Passivität, mit der viele Antikapitalist*innen diesem Prozess beiwohnen. Das Argument, es handle sich um eine Bewegung mit allzu braven Forderungen und Analysen, überzeugt nicht.

Klassenkampf oder Klimagerechtigkeit?

Okay, auf dem Bundesplatz war vielleicht nicht immer von Klassenkampf oder Antikapitalismus, Sozialismus oder Anarchismus die Rede. Trotzdem waren die Forderungen und Anliegen der Aktivist*innen unmissverständlich systemkritisch und sie zielten auf eine solidarische Welt jenseits von Unterdrückung und Ungleichheit.

So stellte das Forderungspapier von Rise up for Change viele radikale Forderungen, die von einer antikapitalistischen Linken ohne Wenn und Aber unterstützt werden müssten. Gefordert wurde nicht nur netto Null bis 2030, sondern auch eine grundsätzliche Umgestaltung der landwirtschaftlichen Produktion, eine radikale Demokratisierung der Gesellschaft sowie ein Stopp aller Investitionen in fossile Energien. Die Aktivist*innen betonten immer wieder, dass sie nicht mehr einfach an das Parlament appellieren. Im Vorfeld wurde festgehalten, dass die Klimastreikbewegung nicht nur von rechts verunglimpft wur-

de, sondern auch von linken Parteien «benutzt» worden sei. In der Präambel des Forderungspapiers heisst es somit auch klar und deutlich: «Das bestehende politische und wirtschaftliche System hat bisher versagt, eine Antwort auf die Klimakrise zu liefern. [...] Es ist an der Zeit, unsere Gesellschaft so umzugestalten, dass eine ökologische und soziale Zukunft möglich ist.» Die Kernbotschaft nach Klimagerechtigkeit macht zudem klar, dass die soziale Frage und das Ziel der internationalen Solidarität im Zentrum der Forderungen standen. Jene, die diesen Klimaaktivist*innen ein fehlendes Klassenbewusstsein und einen mangelnden Sinn für Intersektionalität vorwerfen, verkennen, dass «Klimagerechtigkeit» sehr wohl das Potential besitzt, verschiedene Kämpfe zu verbinden.

«Wenn ich es nicht kontrollieren kann, mach' ich nicht mit»

Es reicht nicht aus, den Klimaaktivist*innen fehlendes Klassenbewusstsein vorzuwerfen. Jene, die sich Antikapitalismus, Klassenkampf, Sozialismus oder Anarchismus auf die Fahnen schreiben, beachten zu wenig, dass ihre Anliegen von einem wirksamen Kampf gegen die Zerstörung unseres Planeten abhängig sind. Die Bekämpfung der Klimakatastrophe ist die soziale Auseinandersetzung des 21. Jahrhunderts. Nicht, weil Antirassismus, Feminismus oder Arbeiter*innenkämpfe nebensächlich wären. Sondern schlichtweg deshalb, weil internationale Solidarität, das Aufbrechen von Geschlechternormen oder demokratische Selbstverwaltung schwer umsetzbar sein werden, wenn ganze Landstriche unbewohnbar werden, zahlreiche Grossstädte unter Wasser liegen, der Amazonas sich in eine Steppe verwandelt hat und sich die Grossmächte um den Zugang zu Trinkwasser, Fischvorkommen und seltenen Metallen bekriegen. Im Gegenteil verschärfen sich durch den Klimawandel soziale Missstände, der ungleiche Zugang zu Ressourcen, autoritäre Herrschaftsformen und repressive Machtstrukturen. Aus genau diesen Gründen ist es so wichtig, die ökologische mit der sozialen Frage zu verbinden – in der Analyse wie auch in der konkreten politischen Praxis im Alltag.

Jene, die sich als Vorhut der Linken sehen, weil sie den Kapitalismus gänzlich durchschaut, die Illusionen der bürgerlichen Demokratie längst entlarvt und die Naivität des zivilen Ungehorsams aufgedeckt hätten, vergessen eines: Es sind nicht selbstgefällige, von doktrinäer Reinheit besessene Kleingruppen, die eine solidarische Welt zu erkämpfen in der Lage sind. Sondern einzig diverse, heterogene und ja: widersprüchliche Massenbewegungen. Diese Einsicht verlangt in der konkreten politischen Praxis vor allem etwas: strategische und theoretische Bescheidenheit. Denn emanzipatorische und antikapitalistische Politik bedeutet, die bestehenden Kämpfe ernst zu nehmen, statt diese von oben herab zu belehren.

Der trotzkistische Philosoph Daniel Bensaïd hat einmal gesagt, dass kritische Marxist*innen nie die Fähigkeit verlieren dürfen, sich von den kämpfenden Menschen überraschen zu lassen und ihre Analysen und Strategien im Lichte der sozialen Auseinandersetzungen beständig anzupassen. Es stimmt: Viele Antikapitalist*innen wurden von Rise up for Change überrascht. Dass sie ihre Analysen deswegen angepasst hätten, trifft leider noch allzu wenig zu. Es bleibt zu hoffen, dass sich das ändert. Unsere Zukunft hängt davon ab.

Die Schweiz hat ihre erste zone à défendre

Mitte Oktober 2020 haben Aktivist*innen im Kanton Waadt ein Stück Wald besetzt. Bereits seit längerem versuchten Anwohner*innen und Umweltschützer*innen mit Demos und Petitionen, das ökologisch wertvolle Gebiet vor der Zerstörung durch den Zement- und Betonhersteller LafargeHolcim zu bewahren. Mit der ersten zone à défendre (ZAD) existiert nun auch in der Schweiz eine Wald- oder Gebietsbesetzung und damit eine Form des ökologischen Widerstands, die in Frankreich und Deutschland bereits eine lange Tradition hat.

von Matthias Kern (BFS Zürich)

Mit Barrikaden, Zelten und selbstgebauten Baumhäusern verteidigen seit Mitte Oktober 2020 mehrere dutzend Aktivist*innen den Hügel Mormont wenige Kilometer nördlich von Lausanne, welchen die Firma Holcim seit Jahren zur Produktion diverser Bauprodukte nutzt. Die Aktivist*innen gaben ihrer Besetzung den Namen zone à défendre de la Colline (ZAD de la Colline). Durch den Rohstoffabbau wurde in den vergangenen Jahrzehnten bereits ein Grossteil des angrenzenden Waldes zerstört und eine Schneise in die Landschaft geschlagen. Doch nicht nur optisch hat der profitgetriebene Raubbau des globalen Zementkonzerns an der Natur Konsequenzen: Die Abbauregion rund um Mormont gehört zu den am stärksten durch Luftverschmutzung betroffenen Gebieten der Schweiz.

Und nun also entstand der Widerstand. Es mag zwar nur ein kleiner Wald, ein kleiner Hügel sein, der aktuell besetzt wird. Doch im Kontext der erstarkenden Umwelt- und Klimabewegung könnte die Besetzung Symbolcharakter annehmen. Sie zeigt, dass wir den Interessen und der Willkür der multinationalen Konzerne nicht einfach ausgeliefert sind, sondern konkrete Organisation, Solidarität und lokaler Widerstand durchaus das Potenzial haben, ihren Machenschaften das Handwerk zu legen. Dazu ist aber wichtig, dass es nicht einfach ein paar dutzend Vollzeitaktivist*innen sind, die blockieren und besetzen. Stattdessen sollten die Aktionen und Ideen von der Bevölkerung ausgehen und gemeinsam mit dieser entwickelt werden. Denn Widerstand gegen Konzerne wie LafargeHolcim ist nicht nur gerechtfertigt, er ist eigentlich bitter nötig.

LafargeHolcim zerstört Mensch und Umwelt

Beton und Zement gehören global betrachtet zu den grössten Verursachern von Treibhausgas-Emissionen. Sie machen ungefähr acht Prozent des globalen Ausstosses an CO₂ aus. Dieses entsteht zum einen beim Abbau und der Herstellung der Baustoffe, zum anderen durch den chemischen Prozess, der Beton und Zement überhaupt erst hart werden lässt und bei dem grosse Mengen Kohlendioxid freigesetzt werden.

Als grösster Zementhersteller der Welt ist der Schweizer Konzern





LafargeHolcim damit auch einer der grössten Treiber der Klimaerwärmung. Und nicht nur das: Das Unternehmen ist dafür bekannt, Rohstoffvorkommen rücksichtslos auszubeuten, seine Hochöfen grossteils noch mit Braunkohle zu betreiben sowie gefährliche und mies bezahlte Arbeitsstellen anzubieten. Darüber hinaus wird aktuell gegen den Konzern wegen Terrorfinanzierung ermittelt. Er hatte in Nordsyrien der Terrorgruppe ISIS Schutzgelder bezahlt, um trotz des islamistischen Regimes in Nordsyrien, unter dem Minderheiten, Frauen und die Kurd*innen gelitten haben, weiterhin eine grosse Fabrik offenhalten und so Zement produzieren zu können.

Die zones à défendre haben eine lange Tradition

Gegen die Machenschaften des in der Schweiz ansässigen Konzerns LafargeHolcim, der 2015 durch die Fusion des französischen Herstellers Lafarge mit dem Schweizer Unternehmen Holcim entstanden ist, regte sich in der Vergangenheit in vielen Teilen der Welt Widerstand. Und nun also trifft ihn solcher endlich auch im Land seines Hauptsitzes. «Zone à défendre» (ZAD) – Verteidigungszone – nennen die Besetzer*innen ihren Hügel. Damit stellen sie sehr bewusst eine Verbindung zu den diversen ökologischen Kämpfen in Frankreich her, bei denen geplante Bauprojekte, Autobahnen, Flughäfen oder Abbaugelände blockiert und besetzt werden, um die Umweltzerstörung zu verhindern. Die erste und bekannteste ZAD in Frankreich, die ZAD Notre-Dame-des-Landes¹, befindet sich in

der Nähe von Nantes. Dort blockiert die Bevölkerung zusammen mit Besetzer*innen seit den 1970er-Jahren den Bau eines Flughafens. Die Besetzung war trotz mehrerer Räumungsversuche so erfolgreich, dass Emmanuel Macron 2018 verkündete, der Flughafen werde nicht gebaut. Neben dieser ZAD existieren in Frankreich mindestens sieben weitere grössere Landbesetzungen.

Auch in Deutschland sind solche Besetzungsformen seit mehreren Jahren bekannt. Aktuell besonders im Fokus der Öffentlichkeit stehen der Hambacher Forst sowie der Danneröder Wald. Im Hambacher Forst kämpfen Besetzer*innen gegen das Abbaggern eines uralten Waldstücks zur Gewinnung von Braunkohle im Tagebau von RWE, Europas grösstem Energiekonzern, während im Danneröder Wald gegen die Rodung für eine neue Autobahn gekämpft wird. An beiden Orten findet der Widerstand mit und rund um lokale Initiativen statt. Denn bei beiden Projekten wird nicht nur die Natur massgeblich bedroht, sondern auch die Lebensqualität und der Lebensraum der Anwohner*innen.

Nicht das einzige Kampfmittel, aber eine Dimension des umfassenden Widerstands

Ob die ZAD de la Colline bei Veröffentlichung dieses Artikels noch Bestand haben wird, ist aktuell nicht abzusehen. Klar scheint auf jeden Fall, dass sie das Repertoire unseres Widerstands gegen die Klimakatastrophe und die fortschreitende Umweltzerstörung um eine neue Aktionsform erweitert hat. Verteidigungszonen und Besetzungen können zentral dazu beitragen, das Bewusstsein für ein Anliegen zu steigern, die lokale Bevölkerung mit politischen Organisationen in Kontakt zu bringen und ganz aktiv Konzerninteressen zu stören.

Dabei muss uns klar sein, dass eine isolierte Besetzung von einer Handvoll Aktivist*innen vielleicht einen Bau oder eine Rodung für eine Zeit verhindern kann, aber schlussendlich wohl scheitern wird. ZADs können wichtig sein, aber sie werden erst dann schlagkräftig, wenn sie im Rahmen einer sozialen Bewegung geschehen und an weitergehende politische Forderungen geknüpft sind. Denn schlussendlich ist angesichts der drohenden ökologischen Katastrophen der kommenden Jahre die ganze Welt eine zone à défendre.

¹ Die ZAD in Notre-Dame-des-Landes war auch Taufpatin der «zones à défendre»: In Frankreich steht ZAD eigentlich für «Zone d'Aménagement Différée» (Förderungsgebiet). Sobald ein Gebiet vom Staat zu einer ZAD-Zone erklärt wird, bekommt die örtliche Verwaltung das Vorrecht, das Land zu kaufen. Die Besetzer*innen von Notre-Dame-des-Landes übernahmen das Kürzel und taufte es neu.



Willkür und Isolation

Im Juni 2016 wurde die Asylgesetzrevision mit 67% angenommen. Im Vorfeld der Abstimmung warb man mit kürzeren Wartezeiten für Asylsuchende und einer kostenlosen Rechtsvertretung für die Neustrukturierung. Die BFS setzte sich damals erfolglos für ein linkes Nein ein. Ein Bericht zu der Umsetzung der Neustrukturierung zeigt nun, dass sich die Befürchtungen, die damals zur Bekämpfung dieser Vorlage geführt hatten, bewahrheitet haben.

von Lisa Brugger (BFS Basel)

Seit dem 1. März 2019 ist eine Asylgesetzrevision in Kraft, welche den Asylbereich massgeblich umstrukturiert hat. Zentrales Anliegen der Revision, die unter der damaligen Justizministerin Simonetta Sommaruga ausgearbeitet wurde, ist einerseits die Beschleunigung der Asylverfahren und andererseits der lückenlose Rechtsschutz der asylsuchenden Personen während des gesamten Asylverfahrens. Die Prozesse und Strukturen im Asylbereich wurden im Rahmen dieser Revision stark verändert, so bilden neu die ‚beschleunigten Verfahren‘ in Bundesasylzentren, welche in der Zuständigkeit des Bundes liegen, den normalen Verfahrensweg. Ziel ist es, möglichst viele Gesuche beschleunigt, d.h. innert einer Frist von 140 Tagen zu behandeln. Nur in Ausnahmefällen werden Geflüchtete in die Zuständigkeit der Kantone entlassen, wenn das Gesuch im Rahmen eines erweiterten Verfahrens geprüft wird.

Anders als vor der Revision, als nur wenige Geflüchtete eine Rechtsvertretung im Verfahren hatten, erhält durch die Neustrukturierung seit März 2019 jede*r Asylsuchende von Beginn weg eine kostenlose Rechtsvertretung zugeteilt. Deren Aufgabe ist es, die Interessen der geflüchteten Person zu vertreten. Das Mandat für die Beratung und Rechtsvertretung von Asylsuchenden wurde je nach Region u.a. an die Nichtregierungsorganisationen HEKS, Caritas und das Schweizerische Arbeiterhilfswerk (SAH) übertragen. Für das erweiterte Verfahren wurden die Mandate ausserdem an zahlreiche regionale Beratungsstellen vergeben. Damit hat die Neustrukturierung dazu geführt, dass ein beträchtlicher Teil der im Migrationsbereich tätigen Anlaufstellen in die staatlichen Verfahrensprozesse integriert wurden und heute eng mit dem Staatssekretariat für Migration (SEM) und den Migrationsämtern zusammenarbeiten.

Die Befürchtungen von links haben sich bestätigt

Diese Entwicklung beobachten die übriggebliebenen unabhängigen Rechtsberatungsstellen im Asylbereich schon länger. Um ihre Beobachtungen systematisch zu erfassen und auszuwerten, haben sie ein Bündnis unabhängiger Rechtsberatungsstellen aus der ganzen Schweiz gegründet. Dieses Bündnis hat anfangs Oktober eine kritische Bilanz zu den Auswirkungen der Neustrukturierung veröffentlicht. Vom 1. März 2019 bis 29. Februar 2020 wurde während eines Jahres eine qualitative und quantitative Untersuchung durchgeführt. Anhand der Anfang Oktober publizierten Ergebnisse lässt sich nun eine fundierte, linke Kritik am neustrukturierten Asylverfahren formulieren. Im Folgenden werden die wichtigsten Erkenntnisse kurz zusammengefasst:

1. Die periphere geographische Lage einiger Bundesasylzentren verunmöglicht die Verwirklichung eines menschenwürdigen Alltags und eines wirksamen Rechtsschutzes. Insbesondere in der Romandie wird den Geflüchteten durch die äusserst periphere Lage der Bundesasylzentren der Kontakt zur Aussenwelt praktisch verwehrt, was zu einer sozialen Ausgrenzung führt. Für Aktivist*innen ist der Zugang zu den Bundesasylzentren stark eingeschränkt, was eine Begegnung und Solidarisierung mit Geflüchteten erschwert. Verstärkt wird dieses Problem durch die prekäre finanzielle Lage der

Betroffenen. Die abgelegenen Standorte machen es ausserdem nahezu unmöglich, bei Mandatsniederlegung der Rechtsvertretung rechtzeitig eine externe Vertretung zu finden. Damit wird das Recht auf eine wirksame Beschwerde ausgehöhlt.

2. Die Qualität der Asylentscheide des SEM ist mangelhaft. Dies wird anhand der hohen Erfolgsquote im Beschwerdeverfahren deutlich. Insgesamt waren 21.1% aller Beschwerden vor dem Bundesverwaltungsgericht erfolgreich. Dies ist im Vergleich zum langjährigen Mittel (11.4%) enorm hoch. Die hohe Erfolgsquote der Beschwerden zeigt die mangelnde Qualität der vom SEM gefällten Asylentscheide. Die Beschleunigung der Verfahren wird von massiven Qualitätseinbussen bei den Entscheiden begleitet, welche sich für die Geflüchteten grösstenteils negativ auswirken, z.B. durch Verfahrensfehler oder ungenügend abgeklärte Sachverhalte.

3. Die räumliche Nähe zwischen SEM und Rechtsschutz führt oftmals dazu, dass die asylsuchenden Personen die Trennung gar nicht wahrnehmen. Das Verständnis der eigenen Unabhängigkeit des Rechtsschutzes bleibt anzuzweifeln. Die Tatsache, dass alle am Verfahrensprozess beteiligten Parteien in den Bundesasylzentren unter einem Dach arbeiten, führt dazu, dass die Geflüchteten die Funktion der Rechtsvertretung nicht verstehen oder deren Unabhängigkeit infrage stellen. Neben den räumlichen und finanziellen Verstrickungen zwischen Rechtsschutz und SEM hat jüngst auch das Verhalten des Rechtsschutzes für Zweifel an dessen Unabhängigkeit geführt. Als in der Öffentlichkeit viel über eine Sistierung der Asylverfahren während der Corona-Pandemie diskutiert wurde, blieb ausgerechnet der Rechtsschutz stumm – und verwies bei Anfragen sogar an das Staatssekretariat für Migration. Dass ein Rechtsschutz, der die Interessen von Geflüchteten vertreten sollte, in einer solchen Situation keine öffentliche Positionierung vornimmt, ist sehr besorgniserregend und sagt viel über dessen Selbstverständnis aus.

4. Die Mandatsniederlegung durch den Rechtsschutz erfolgt häufig und oft zu Unrecht. Jede asylsuchende Person erhält zwar eine kostenlose Rechtsvertretung im Asylverfahren zugeteilt, diese Rechtsvertretung kann aber ihr Mandat auch niederlegen, wenn sie den Fall als juristisch aussichtslos einschätzt. Dies geschieht, wie die Untersuchung unabhängiger Rechtsberatungsstellen zeigt, leider viel zu oft und häufig zu

Das Bündnis unabhängiger Rechtsberatungsstellen

im Asylbereich hat sich im Zuge der Neustrukturierung des Asylbereichs, welche seit März 2019 umgesetzt wird, gebildet. Ziel des Bündnisses ist es, die Auswirkungen der Neustrukturierung auf die Geflüchteten zu analysieren und die neue Praxis aus dieser Perspektive zu kritisieren. Dem Bündnis gehören Beratungsstellen aus der ganzen Schweiz an, u.a. die Freiplatzaktion Zürich, die Freiplatzaktion Basel, das Centre social protestant (CSP) aus Genf, das Solidaritätsnetz Bern und die Schweizerische Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht (SBAA).

Der vollständige Bericht findet sich unter:

www.bündnis-rechtsarbeit-asyl.ch

Unrecht. Dies zeigt sich in den im langjährigen Vergleich tiefen Beschwerdequoten (prozentualer Anteil der Asylentscheide, gegen die eine Beschwerde vor Bundesverwaltungsgericht eingereicht wurde) in den Bundesasylzentren. Die Beschwerdequote in den Bundesasylzentren ist etwa halb so hoch wie im Regelbetrieb vor Inkrafttreten der Neustrukturierung. Von den Beschwerdefällen im externen Vertretungsverhältnis (also in den Fällen, in denen der Rechtsschutz das Mandat niedergelegt hat und eine unabhängige Stelle eine Beschwerde eingereicht hat) wurden mehr als die Hälfte der Fälle vom Gericht als ‚nicht aussichtslos‘ erachtet und eingehend geprüft. In all diesen Fällen erfolgte die Mandatsniederlegung des Rechtsschutzes demnach unrechtmässig. Es ist zu vermuten, dass die Mandatsniederlegungen häufig nicht aus inhaltlichen Gründen, sondern aus Zeitgründen erfolgen. Rund ein Drittel der gutgeheissenen Beschwerden vor Bundesverwaltungsgericht stammen nicht vom offiziellen Rechtsschutz, sondern von einer unabhängigen Beschwerdestelle, die die Rechtsberatung übernahm, nachdem der offizielle Rechtsschutz das Mandat niedergelegt hatte. Fazit: Insgesamt hat die Neustrukturierung trotz (oder gerade wegen) des institutionalisierten Rechtsschutzes zu einer Reduktion der Beschwerdetätigkeit und nicht wie angekündigt zu einem lückenloseren Rechtsschutz geführt.

5. Ob der mandatierte Rechtsschutz eine Beschwerde vor dem Bundesverwaltungsgericht erhebt, variiert regional äusserst stark. Die Aussicht einer asylsuchenden Person auf eine Beschwerde ist in der Romandie fast viermal höher als in der Ostschweiz. Die regional stark schwankende Beschwerdequote wirft Fragen auf, denn der Rechtsschutz agiert theoretisch auf Bundesebene.

Forderungen für eine Verbesserung des Asylverfahrens

Insgesamt unterstreicht der Bericht des Bündnisses unabhängiger Rechtsarbeit im Asylbereich, dass die Befürchtungen bezüglich der Neustrukturierung, welche linke Kritiker*innen schon früh geäussert hatten, nicht unbegründet waren. Es zeigt sich in der Praxis sehr deutlich, dass die Neustrukturierung vor allem institutionelle Ziele erfüllen soll, wie die schnellere und kostengünstigere Abwicklung von Asylverfahren. Dabei wird kaum auf die Bedürfnisse der Geflüchteten Rücksicht genommen. Die Schaffung von Bundesasylzentren entlasten in erster Linie die Kantone, die nur noch einen kleinen Teil der Asylgesuche im erweiterten Verfahren durchführen müssen und die Beschleunigung der Verfahren führt zu effizienten und kostensparenden Ab-



läufen. Der Rechtsschutz hat ausserdem zu einer engeren Zusammenarbeit der Rechtsvertretungen mit den Migrationsbehörden und sogar zu einer Reduktion der Beschwerdetätigkeiten geführt.

Aus Sicht der Geflüchteten bedeutet die Neustrukturierung hingegen soziale Isolation, Anhörungen unter Zeitdruck, qualitativ mangelhafte Asylentscheide und eine kostenlose Rechtsvertretung, deren Unabhängigkeit zweifelhaft ist. Die Hauptidee der Untersuchung lautet, dass das Verfahrenstempo seit der Neustrukturierung zu hoch ist, um ein faires Verfahren und das Recht auf eine wirksame Beschwerde zu gewährleisten. Daraus abgeleitet stellt das Bündnis zahlreiche wichtige Forderungen, welche das Asylverfahren für die Geflüchteten verbessern könnten. Dazu gehören u.a. die Forderungen nach einer Verlängerung sämtlicher Fristen, nach einem Rechtsschutz, der die Interessen der Geflüchteten an oberste Stelle setzt, eine räumliche Trennung zwischen der Rechtsvertretung und dem SEM sowie der unbedingte Zugang zu medizinischer Versorgung in den Bundesasylzentren (sämtliche Forderungen unter www.buendnis-rechtsarbeit-asyl.ch).



Isolierung von Geflüchteten

Die Neustrukturierung hat dazu beigetragen, den Asylbereich aus dem Fokus der Öffentlichkeit und der Politik zu nehmen und die Verfahren hinter verschlossenen Türen in schnellen, aber qualitativ schlechteren Prozessen abzuwickeln. Diese Entthematierung der schweizerischen Migrationspolitik zeigt sich heute in immer schwächer werdenden sozialen Bewegungen im Migrationsbereich, welche zunehmend mit staatlicher Repression konfrontiert werden. Beispielhaft war dies Ende September in Bern zu sehen, als eine Demonstration des Migration Solidarity Network mit Gummischrot und Wasserwerfern angegriffen wurde, während wenige hundert Meter entfernt die Klima-

bewegung ungehindert den Bundesplatz besetzte. Die Isolierung von Geflüchteten nimmt erschreckende Ausmasse an: Begegnungen zwischen Geflüchteten und Aktivist*innen, die sich zu einer Organisation und zu einer sozialen Bewegung entwickeln könnten, sind unter diesen Umständen immer schwieriger. Während parteipolitisch von der «Linken» wenig zu erwarten ist, zumal die Neustrukturierung ein Projekt der SP-Bundesrätin Sommaruga war, liegt es an der radikalen Linken, die Folgen des neuen Migrationsregimes kritisch zu reflektieren und sich in der politischen Praxis solidarisch in bestehende Bewegungen einzubringen bzw. die Entstehung solcher zu unterstützen.

widerständiger rückblick
auf eine woche voller
rassismus:
antira-wochenschau
abonnieren auf

antira.org

Basel Nazifrei

Wir veröffentlichen hier einen leicht angepassten Bericht der Kampagne **500k.ch**. 500k verfolgt das ambitionierte Ziel, die gigantischen Kosten der #BaselNazifrei-Prozesse zu decken.

Auf den 24. November 2018 kündigte die PNOS (Partei National Orientierter Schweizer) an, sich am Messeplatz mitten in der Stadt Basel für eine Kundgebung zu versammeln. Ihr Ziel war eine Zusammenkunft der «nationalen Kräfte», um gegen den UNO-Migrationspakt im Speziellen und Migration im Allgemeinen zu demonstrieren.

Gleichzeitig brachten mehrere tausend Personen in einer kraftvollen Gegen-Mobilisierung mit dem Motto «Basel Nazifrei» zum Ausdruck, dass diese Präsentation menschenverachtender politischen Inhalte keinen Platz haben darf. Personen aus den unterschiedlichsten Schichten, politischen Ausrichtungen und mit unterschiedlichem Alter versammelten sich zusammen auf der Strasse. Gemeinsam setzten sie am 24. November 2018 ein starkes Zeichen und boten der diskriminierenden Politik der PNOS und ihrem Anhang Paroli. Ein grösserer Aufmarsch von Rechtsextremen wurde dadurch erfolgreich verhindert.

Was passierte am 24. November 2018?

Durch ein massives Polizeiaufgebot abgeschirmt und an den Rand des Platzes abgedrängt, konnten letztlich knapp 30 Personen aus der PNOS und sympathisierenden rechtsextremen Kreisen ihre winzige Kundgebung abhalten. Definitiv anders, als sie es geplant hatten!

Die erwähnten bis zu zweitausend Gegendemonstrantinnen und Gegendemonstranten führten ihren Protest ohne offizielle Bewilligung der Behörden durch. Viele Leute sind spontan dazugekommen, erkannten den Gegenprotest in dieser Situation als selbstverständlich und als notwendig. Es darf nicht sein, dass Rechtsradikale sich in der Basler Innenstadt versammeln! Vor Ort zeichnete sich dann aber schon bald ab, dass die rechts-extreme Versammlung polizeilich geschützt werden würde. An diesem Tag gewichtete die Polizei die Legitimität einer bewilligten rechtsradikalen Veranstaltung mit 30 Personen höher als eine deutlich grössere, vielfältige Ansammlung von Personen, die gegen Rechtsextremismus einstanden.

Die böse Überraschung folgte rund 5 Monate später: Im Nachgang wurde mit zweifelhaften und aufwändigen polizeilichen Mitteln versucht, möglichst viele Gegendemonstrantinnen und Gegendemonstranten zu identifizieren und strafrechtlich zu verfolgen. Mehrere Hausdurchsuchungen wurden in der ganzen Schweiz durchgeführt, etliche Personen in verschiede-

nen Kantonen zu Hause abgeholt und nach Basel verfrachtet. Flächendeckend wurden DNA-Proben entnommen, und sogar mittels Öffentlichkeitsfahndung wurde nach 20 Personen gesucht – eigentlich die ultima ratio in einem Rechtsstaat, die nur in besonders gravierenden Fällen zur Anwendung kommen soll. Renommierte Strafrechtsexperten äusserten sich denn auch kritisch zu diesen Massnahmen und wiesen auf deren Unrechtmässigkeit und Unverhältnismässigkeit hin. Eine entfesselte Staatsanwaltschaft scheint in aggressiver Manier möglichst viele Leute, die unbewilligt demonstrieren und sich gegen Rechts-extreme einsetzen, kriminalisieren zu wollen.

Mittlerweile sind für «Basel Nazifrei» bereits zahlreiche Personen mittels Strafbefehl verurteilt, weitere ca. 40 Personen warten auf ihre Gerichtsprozesse. Die Hauptvorwürfe bestehen darin, dass der öffentliche Grund ohne Bewilligung genutzt wurde - um den Aufmarsch der PNOS samt Anhang zu verhindern. Die Strafanträge für Landfriedensbruch erstaunen durch ihre unübliche Höhe. Und es wird auch gegen Personen vorgegangen, welche lediglich Transparente hielten, solidarisch in der Menge standen, oder das Geschehen filmten. Erste Urteile wurden bereits gefällt.

Die hohen Gerichtsgebühren und die bisherigen Anwaltskosten werden den Verurteilten durch das Urteil ebenfalls auferlegt. Bei einem Weiterzug des Urteils erhöhen sich diese Gebühren dementsprechend weiter. Die drohenden Strafen und finanziellen Folgen sind massiv, bei einigen bedeuten sie eine direkte Gefährdung der Existenzgrundlage. Wird mit einem durchschnittlichen Strafmass von einigen Tausend Franken pro Person gerechnet, zeichnet sich ab, dass kumuliert einige Hunderttausend Franken an Strafgeldern zusammenkommen werden.

Dabei hat sich gezeigt, dass die Behörden es mit ihren eigenen Gesetzen selbst nicht so genau nehmen: Die Identifizierung einer schuldig gesprochenen Person erfolgte mit intransparenten Mitteln durch die Fachgruppe 9, eine nachrichtendienstliche Behörde. Das Strafmass beträgt 7 Monate bedingt. Andere Beteiligte wurden zu unbedingten Gefängnisstrafen verurteilt. Mindestens eine Person davon hat nachweislich keine Vorstrafen und die Behörden sagen selbst, dass sie nicht gewalttätig war. Die blosser Teilnahme an einer Kundgebung kann also auch für Personen ohne Vorstrafen zu einer unbedingten Gefängnisstrafe führen. Das ist skandalös, doch wir sollten uns davon nicht einschüchtern lassen, sondern weiterkämpfen.

Lassen wir jene Personen nicht alleine, welche gegen Rechtsextremismus eingestanden sind und ihre Haltung stellvertretend für eine klare Mehrheit der Gesellschaft zum Ausdruck brachten. Unterstützen wir diese Personen finanziell und tragen wir so dazu bei, dass auch in Zukunft Neonazis nicht einfach so durch unsere Städte marschieren und ihr menschenverachtendes Gedankengut verbreiten können.

Solidarität mit den Opfern staatlicher Repression!

von der BFS / MPS

Die Praxis des schweizerischen Justiz- und Polizeiapparates wird zunehmend aggressiver und richtet sich un verhohlen gegen linke Aktivist*innen. Rechtsstaatliche Prinzipien (Nachweisbarkeit der Schuld, Verhältnismässigkeit) werden zwecks Einschüchterung und Verfolgung mit Füssen getreten.

Jüngstes und wohl schockierendstes Beispiel dafür ist die Verurteilung einer Aktivistin in Basel zu acht Monaten unbedingter Freiheitsstrafe. Nachdem sie im November 2018 an einer antifaschistischen Demonstration in Basel teilgenommen hatte, wurde sie nun des «Landfriedensbruchs» und der «mehrfach qualifizierten Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte» schuldig gesprochen. Besonders verstörend dabei ist, dass die Behörden offen zugeben, dass der Angeklagten keine Gewaltanwendung nachgewiesen werden kann. Die Tatsache, dass sie Teil einer «gewaltbereiten Gruppe» gewesen sei und sich nicht von der Demonstration entfernt habe, genügt offenbar, um eine linke Aktivist*in und Antifaschist*in für mehrere Monate ins Gefängnis zu stecken. Derzeit sind zahlreiche Verfahren gegen weitere (mutmassliche) Demoteilnehmer*innen im Gange. Dabei werden die Betroffenen nicht nur mit völlig unverhältnismässigen Verurteilungen überhäuft, sondern auch mit horrenden Verfahrenskosten belastet. Die Auswirkungen auf die Zukunft der Betroffenen sind enorm.

Das derzeitige Vorgehen des Justiz- und Polizeiapparates reiht sich in die allgemeine Politik der zunehmenden Repression der letzten Jahre ein. Linke Aktivist*innen werden mit Gummischrot, Tränengas und Wasserwerfern attackiert – so geschehen beispielsweise bei einer Demonstration von Geflüchteten in Bern am 22. September –, durchgeknallte Parlamentarier beschimpfen Klimaaktivist*innen auf dem Bundesplatz und sprechen von ausländischen Drahtziehern,

der sozialdemokratische Ständeratspräsident fordert vehementes Vorgehen gegen die Klimabewegung. Das von den eidgenössischen Räten verabschiedete «Anti-Terror-Gesetz» soll es der Justiz künftig ermöglichen, verdächtige Personen präventiv zu überwachen und massiv in ihren Grundrechten einzuschränken: Ein entsprechender Verdacht der Polizei würde künftig ausreichen, um Massnahmen wie Hausarrest, Ausreiseverbote, Meldepflicht oder Fussfesseln anzuordnen.

Unsere Grundrechte, insbesondere das Recht auf Protest, freie Meinungsäusserung und die Versammlungsfreiheit sind elementare Prinzipien einer sich als demokratisch verstehenden Gesellschaft. Es ist nicht nur die Aufgabe linker Bewegungen, sondern die Pflicht aller fortschrittlichen und demokratischen Kräfte, diese Prinzipien zu verteidigen und sich mit den Betroffenen von Repression solidarisch zu zeigen!

Solidarität mit den Aktivist*innen von #BaselNazifrei!

Solidarität mit den Klimaaktivist*innen!

Solidarität mit den Geflüchteten!

Unterstütze die zu Unrecht von Repression betroffenen Aktivist*innen!

Solidarisch gegen Rechts

8005 Zürich

IBAN: CH88 0900 0000 1555 0973 8

Konto-Nr.: 15-550973-8

BIC: POFICHBEXXX

Weitere Infos auf <https://500k.ch/#spenden>

Instrumente der Herrschenden?

Die Frage nach der Rolle der Polizei hängt eng mit der Frage des Staates zusammen. Müssen wir heute noch davon ausgehen, dass Staat und Polizei lediglich die Interessen der Herrschenden vertreten? Ist die Rolle des Staates in allen kapitalistischen Klassengesellschaften dieselbe? Dieser Artikel plädiert für eine differenzierte Sichtweise und argumentiert, dass Staatlichkeit und Repression umkämpfte und somit beeinflussbare Felder politischer und sozialer Auseinandersetzung sind.

von David Ales (BFS Basel)

Polizeieinheiten in den USA, die wehrlose Mitbürger*innen ermorden, die Aufmärsche rechter und nationalistischer Kreise dulden, aber gewaltsam gegen linke Versammlungen vorgehen, die dank autoritärem Korpsgeist, einer starken Lobby und strukturellem Rassismus kaum zur Rechenschaft gezogen werden: Das schändliche und offensichtlich rassistisch motivierte Vorgehen US-amerikanischer Polizist*innen hat nicht nur die Black Lives Matter-Bewegung wieder auf die Strassen gebracht, sie hat auch innerhalb der radikalen Linken die Diskussion über Rolle und Funktion der Polizei entfacht.

Die marxistische Linke lehnt den bürgerlich-liberalen Standpunkt, wonach die Polizei als «Freund und Helfer» der Allgemeinheit verpflichtet sei und somit im öffentlichen Interesse die Einhaltung der Gesetze garantiere, zu Recht ab. Stattdessen geht sie davon aus, dass die Polizei dazu dient, die bürgerliche Klassenherrschaft aufrecht zu erhalten und Widerstand von unten zu unterdrücken.

Der US-Historiker Sam Mitrani argumentiert, dass die ersten Polizeieinheiten im 19. Jahrhundert in den USA gegründet wurden, um Sklav*innen- und Arbeiter*innen-aufstände niederzuschlagen. Polizeieinheiten seien von den Wohlhabenden geschaffen und finanziert worden, um streikende Arbeiter*innen zusammenzuschlagen, Jagd auf entlaufene Sklav*innen zu machen oder um gegen Landstreicher*innen und Sexarbeiter*innen vorzugehen. Er resümiert:

«Wir sollten im Kopf behalten, dass der Ursprung einer Institution entscheidend ist – und die Polizei wurde von der herrschenden Klasse geschaffen, um die Arbeiter*innenklasse und die Armen zu kontrollieren, nicht, um ihnen zu helfen. Daran hat sich nichts geändert.»¹

Mit ähnlicher Stossrichtung argumentiert die marxistische Feministin Cinzia Arruzza, Philosophin am Eugen Lang College in New York, in ihrem Artikel «Polizist*innen sind keine Arbeiter*innen, sondern Agent*innen der Repression».² Sie kommt zum Schluss, dass Polizist*innen aufgrund ihrer repressiven Funktion nicht als Teil der Arbeiter*innenklasse angesehen werden können. Da US-Polizeigewerkschaften zudem systematisch darum bemüht seien, fehlbare Polizist*innen rechenschaftsfrei davonkommen zu lassen, sei auch die derzeitige gewerkschaftliche Organisierung der Polizei aus linker Sicht völlig illegitim.

Es versteht sich von selbst, dass die Brutalität und die rassistisch motivierte Gewalt, die von US-Polizeieinheiten ausgehen, mit aller Kraft bekämpft werden müssen. Die Forderung der Black Lives Matter-Bewegung (BLM-Bewegung), die Polizei in ihrer jetzigen Form abzuschaffen («Defund the Police»), wurde in vielen Ländern von linken Bewegungen zurecht aufgegriffen.

Überall das gleiche?

Gerade weil die BLM-Bewegung in vielen Ländern so wichtige Impulse gesetzt hat und der Kampf gegen Polizei-

gewalt aktuell bleibt, ist es unerlässlich, linke Positionen kritisch zu hinterfragen und zu diskutieren. Ist es beispielsweise richtig, dass die Polizei in den USA nur den Herrschenden dient? Und lässt sich dieser Befund auch auf andere Länder übertragen?

Auch in Deutschland gibt es linke Stimmen, die einen Ausschluss der Gewerkschaft der Polizei (GdP) aus dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) fordern. Der Politikwissenschaftler Malte Meyer stellt fest, dass sich auch die GdP systematisch gegen Bemühungen wende, gegen diskriminierendes und rechtswidriges Verhalten seitens der Polizei vorzugehen:

«Weil sie von Korpsgeist, Kameraderie und dem unter Uniformträger*innen ohnehin verbreiteten Autoritarismus zehren, erweisen sich Polizeigewerkschaften tatsächlich nicht nur in den USA, sondern auch in anderen Ländern als besonders effektive Hindernisse bei der Durchsetzung demokratischer Polizeireformen.»³

Auch die gefährliche Nähe vieler deutscher Polizist*innen zu rechtsextremem und rassistischem Gedankengut wird in Deutschland immer wieder thematisiert. Erst vor kurzem wurde bekannt, dass sich Polizeibeamt*innen sensible Adressen aus einer Polizeidatenbank verschafften und anschliessend Drohungen mit rechtsradikalem Inhalt an Einzelpersonen verschickten.⁴

Und schliesslich ist auch in der Schweiz hinreichend dokumentiert, dass vor allem People of Color, aber auch linke Aktivist*innen immer wieder demütigende Polizeikontrollen über sich ergehen lassen müssen.⁵ Auch das skandalöse Vorgehen der Schweizer Justiz gegen Teilnehmende der Basel Nazifrei-Demonstration seit November 2018 zeugt davon, dass der Justiz- und Polizeiapparat legitimen Widerstand kriminalisiert und rechtsstaatliche Prinzipien missachtet.⁶

Rassistische und rechtswidrige Polizeigewalt kommt also in vielen Ländern vor. Auch wenn die Polizei alles andere als neutral ist und sich vielerorts gegen ethnische Minderheiten, gegen Linke und gegen emanzipatorische Bewegungen aller Art richtet, halte ich es dennoch für stark verkürzt, den Polizeiapparat als simples Instrument der Herrschenden zu bezeichnen. Dies aus folgenden drei Gründen:

1. Rassismus und diskriminierendes Verhalten sind gesamtgesellschaftliche Phänomene

Rassistisches, sexistisches und allgemein diskriminierendes Verhalten ist ein alltägliches Phänomen und kommt nicht nur bei Polizist*innen, sondern bei Menschen aus allen Klassen, Schichten und Milieus der Gesellschaft vor. Sich auf die repressiven Apparate (oder auf rechtsextreme Gruppierungen) einzuschliessen, birgt die Gefahr, die Trag-

1 <https://sozialismus.ch/artikel/2020/rassismus-wa-rum-sich-die-polizei-nicht-aendern-wird>

2 <https://sozialismus.ch/artikel/2020/polizei-polizistinnen-sind-keine-arbeiterinnen-sondern-agentinnen-der-repression>

3 <https://www.akweb.de/ausgaben/661/polizeigewerkschaften-beguenstigen-polizeigewalt>

4 <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/vereinzelte-mehrfaelle-a-00000000-0002-0001-0000-000173100099>

5 <https://www.humanrights.ch/de/ipf/menschenrechte/rassismus/dossier/rassistisches-profiling/situation-in-der-schweiz/stand-diskussion>

6 <https://barrikade.info/article/3668>

weite und breite Verankerung diskriminierender Ideologien und Mechanismen innerhalb unserer Gesellschaften zu übersehen. Sicherlich ist rassistische Polizeigewalt sichtbarer und besonders verstörend, doch das Unrecht, das von Unternehmen, Behörden, Politiker*innen, Lehrer*innen oder Sozialarbeiter*innen ausgeht, ist auch ein Teil des Problems. Die sozialen Verhältnisse des Kapitalismus spiegeln sich in allen Bereichen unserer Gesellschaft wider und werden dementsprechend auch überall reproduziert.

Auch dass Polizeieinheiten in den USA im Vergleich zu Westeuropa in besonderem Masse militarisiert sind und rassistische Gewalt ausüben, ist nur im historischen Kontext der USA begreifbar. Sklaverei, Apartheid und Rassismus sind tief in der DNA des amerikanischen Kapitalismus verankert. Das bis heute rassistische Verhalten der Polizei ist ein Produkt dieser Geschichte. Das bedeutet aber nicht, dass der Polizeiapparat der Hauptverursacher des Rassismus ist.

2. Klassenzugehörigkeit definiert sich nicht über politisches Bewusstsein

Polizeiangestellte verkaufen ihre Arbeitskraft nicht mehr und nicht weniger, als dies andere Angestellte – Feuerwehrangestellte, Pfleger*innen, Lehrer*innen – tun. Selbst wenn wir davon ausgehen, dass sich in der Polizei besonders viele Menschen mit rechtem Gedankengut finden, ändert dies nichts daran, dass Polizist*innen lohnabhängig sind. Arbeiter*innen in Waffenfabriken schaden der Gesellschaft ebenfalls und sind Teil eines Systems, das weltweit Elend und Tod mitverursacht. Sollen wir ihnen deswegen ihre Lohnabhängigkeit absprechen? Es ist eine traurige Realität des heutigen Kapitalismus, dass Millionen Menschen abhängig beschäftigt sind und zugleich einer Tätigkeit nachgehen, die der Gesellschaft schadet: Wissenschaftler*innen entwickeln gentechnisch verändertes Saatgut, Jurist*innen lassen dieses zugunsten von Agrarmultis patentieren, Justizangestellte schützen ebendiese Konzerne gegenüber der Gesellschaft. Der Kampf gegen die kleinbäuerliche Subsistenzwirtschaft durch Monsanto, Syngenta und Co. basiert auch auf der Kooperation der Lohnabhängigen ebendieser Betriebe. Die Liste von Arbeiter*innen, die der Gesellschaft mehr schaden als nützen, liesse sich beliebig lange fortsetzen. Dennoch sollten wir aus einer marxistischen Perspektive daran festhalten, dass Lohnabhängige – egal ob links oder rechts, progressiv oder reaktionär – Menschen sind, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, um zu überleben. Dazu gehören auch Polizist*innen. Insofern haben sie im Prinzip auch ein Recht auf gewerkschaftliche Organisation und auf gute Arbeitsbedingungen. Dass Pseudogewerkschaften, denen es de facto nur um Straffreiheit fehlbarer Beamt*innen geht und die damit Gewalt und Unrecht gegenüber Dritten legitimieren, bekämpft werden müssen, versteht sich von selbst.

3. Die Polizei schützt nicht nur die Herrschenden, sondern die bestehenden Verhältnisse insgesamt

Eigentlich gehört es zu den Grundüberzeugungen linker Gesellschaftsanalyse, dass die Geschichte nicht nur «von

oben», also von der Wirtschafts- und Politikelite, sondern eben auch «von unten», durch individuelle Verhaltensweisen, soziale Bewegungen aller Art und durch Klassenkämpfe gemacht wird. Vor allem in westeuropäischen Ländern haben Lohnabhängige wichtige politische und soziale Rechte erkämpft: Soziale Sicherungssysteme, ein zumindest teilweise öffentlich zugängliches Gesundheitswesen, politische Partizipationsmöglichkeiten und individuelle Rechte. Auch wenn wir aus linker Sicht all diese Bereiche nach wie vor radikal kritisieren und weiter- oder umbauen wollen, dürfen wir nicht den Fehler begehen, die gesellschaftliche Bedeutung ebendieser Errungenschaften und Institutionen zu übersehen. Die heutigen Nationalstaaten sind eben keine reinen Instrumente der Bourgeoisie, sondern auch Produkte sozialer Auseinandersetzungen und Klassenkämpfe vergangener Jahrhunderte. Wenn wir als Linke die AHV verteidigen oder einen Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen fordern, dann kämpfen wir darum, den Staat in unserem Sinne mitzugestalten und somit auch unsere Interessen darin berücksichtigt zu sehen.

Die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft ist leider nach wie vor in der Lage, eine Mehrheit der Lohnabhängigen von ihrer Notwendigkeit zu überzeugen. Auch mangels gesellschaftlicher Alternativen bekennt sich eine Mehrheit der Lohnabhängigen in Ländern wie Frankreich, Deutschland oder der Schweiz zum bürgerlichen Staat und letztlich auch zu seinen repressiven Organen. In diesem Kontext hilft es wenig, wenn wir als Linke so tun, als würde die reaktionäre Polizei der progressiven Klasse der Lohnabhängigen als feindliche Macht gegenüberstehen. Die politische Stabilität vieler westeuropäischer Staaten ist eben nicht nur das Ergebnis brutaler Klassenherrschaft durch Armee und Polizei, sondern basiert auch auf einer breiten Zustimmung durch die Klasse der Lohnabhängigen gegenüber dem Status quo. In der Schweiz finden sich Hunderttausende Menschen, die Abschiebungen von illegalisierten Menschen, «Law and Order», mehr Überwachung und eine Kriminalisierung linker Aktivist*innen fordern und/oder stillschweigend hinnehmen. In den USA finden sich Millionen Menschen, die die Politik Trumps und die Militarisierung der Polizei gutheissen und rassistische Denk- und Handlungsweisen verinnerlicht haben. Insofern kämpfen wir als Linke nicht einfach gegen die Polizei oder die staatliche Ordnung, sondern gegen ein gesamtgesellschaftliches System und die damit einhergehende herrschende Ideologie. Wie eine kapitalistische Gesellschaft aussieht, in welcher die Zustimmung durch einen Grossteil der Bevölkerung verloren gegangen ist und in welcher Herrschaft nur noch durch militärisch-polizeiliche Mittel aufrecht erhalten wird, zeigt sich übrigens in Ländern wie Syrien. Dort ergibt die Aussage, dass der Sicherheitsapparat nur in den Diensten der Herrschenden steht, wesentlich mehr Sinn.

Strategische Überlegungen

Um Missverständnissen vorzubeugen: Wenn soziale Bewegungen in den USA fordern, die Polizei zurückzubauen oder gar abzuschaffen, sollten wir diese Forderung ausdrücklich unterstützen. Die bisher gemachten Argumente haben nicht die Absicht, die Polizei zu verharmlosen oder zu vertei-



digen. Sie sollen aufzuzeigen, inwiefern der repressive Staatsapparat als Teil gesamtgesellschaftlicher Kräfteverhältnisse analysiert werden muss.

Gerade weil der Polizeiapparat als Garant des staatlichen Gewaltmonopoles und der damit einhergehenden Sonderrechte, namentlich der Gewaltanwendung gegenüber Dritten, eine ganz spezifische Stellung in der Gesellschaft innehat, ist es aus linker Sicht zentral, für eine radikal-demokratische Kontrolle über den Sicherheitsapparat zu kämpfen und sich der Gefahr bewusst zu sein, die von der Polizei ausgeht. Als Linke sollten wir grundsätzlich fordern, dass Gesetze und Verfahren demokratisch legitimiert sind und rechtsstaatliche Grundsätze eingehalten werden. Menschen, die mit der Sicherstellung der Wahrung ebendieser Gesetze beauftragt werden, müssen demokratisch gewählt werden, rechenschaftspflichtig sein und jederzeit wieder abwählbar sein. Auch Forderungen nach einer umfassenden Entmilitarisierung und Entwaffnung der Sicherheitskräfte sind zentral.

In diesem Sinne müssen wir Geschichte als offenen Prozess begreifen, in dem das Verhalten von Polizei- (und Militärangehörigen) nicht auf alle Ewigkeit vorbestimmt ist, sondern von gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzungen abhängt. Historische Beispiele, in denen Mitglieder des Sicherheitsapparates in entscheidenden Momenten «die Seiten gewechselt haben» oder sich teilweise mit progressiven Bewegungen solidarisiert haben, gibt es. In Portugal waren es

mitunter fortschrittliche Teile der Armee, die 1974 gegen die autoritäre Diktatur Salazars putschten und mithilfe der sich mobilisierenden Bevölkerung den Übergang zu einer parlamentarischen Demokratie ermöglichten. Selbst die Oktoberrevolution in Russland wäre womöglich erfolglos geblieben, wenn sich angesichts der revolutionären Massenbewegung nicht viele Armeeeinheiten irgendwann geweigert hätten, mit Waffengewalt gegen Revolutionär*innen vorzugehen.

Im Zeitalter des Hightech-Kapitalismus, in dem es dank moderner Technik immer einfacher ist, mit wenig Personal grosse Menschenmengen zu überwachen und allenfalls zu bekämpfen, ist es strategisch gefährlich, alle Polizist*innen (und Soldat*innen) im Voraus als Klassenfeinde und willige Handlanger*innen des Staates abzustempeln. Eine derartige Haltung erschwert es Individuen, Stellung zu beziehen. Wenn revolutionäre Bewegungen entstehen und sich Klassenkämpfe zuspitzen, ist es die Aufgabe der revolutionären Linken, mit einem gemeinsamen Programm möglichst breite Teile der Bevölkerung für sich zu gewinnen und ihnen eine neue Perspektive aufzuzeigen. Wenn es gelingt, einen Teil des Sicherheitsapparates entweder zu überzeugen oder wenigstens davon abzuhalten, Befehle blind zu befolgen, kann dies entscheidend sein. Vorgefestigte Schemata über das (künftige) Verhalten bestimmter Akteur*innen hingegen müssen wir vermeiden.

Abstrakte Forderungen genügen nicht!

Es überrascht nicht, dass der globale Kapitalismus sich als unfähig erweist, die Coronapandemie einzudämmen, ohne dabei hunderte Millionen Menschen in Armut und Erwerbslosigkeit zu stürzen. Aus linker Sicht aber einfach zu betonen, dass «unsere Gesundheit wichtiger ist als ihre Profite» und die Wirtschaft nun runtergefahren werden muss, genügt nicht. Solche Forderungen ignorieren nämlich, dass im Kapitalismus Gesundheit und Erwerbstätigkeit, in ärmeren Ländern oft Überleben und Erwerbstätigkeit, zusammenhängen. Es ist daher kontraproduktiv, einen Shutdown der Wirtschaft zu fordern, ohne sozialpolitische Forderungen und Perspektiven für eine gesamtgesellschaftliche Transformation aufzuzeigen.

von David Ales (BFS Basel)

Das Dilemma der herrschenden Politik

Weltweit versuchen Regierungen, durch ein «Herunterfahren der Gesellschaft» einen Kollaps des Gesundheitssystems zu verhindern. Bestenfalls finden sie dabei Wege, die Einschränkungen nicht flächendeckend, sondern gezielter anzuordnen. Da sie dabei aber nicht gewillt oder nicht fähig sind, wirklich in die Eigentums- und Machtverhältnisse der Gesellschaft einzugreifen und eine massive soziale Umverteilung in Angriff zu nehmen, verursachen ihre Massnahmen Prekarität, Angst, Arbeitslosigkeit und soziales Elend. Ein paar Beispiele:

- In Indien hat der durch den Lockdown ausgelöste Einbruch der Wirtschaft rund 140 Millionen Menschen arbeitslos werden lassen. Einige haben seither wieder eine Stelle gefunden oder sind in der Landwirtschaft tätig geworden. Viele Menschen aber haben weiterhin keine Erwerbsarbeit und müssen in einem Land ohne funktionierende soziale Sicherungssysteme schlicht Hunger fürchten.¹
- Die Welternährungsorganisation (FAO) geht davon aus, dass die weltweiten «Schutzmassnahmen» der Regierungen zur Eindämmung der Pandemie bis zu 130 Millionen Menschen zusätzlich in den chronischen Hunger treiben könnten.²
- In vielen Ländern des Globalen Südens hatten vor allem die Schulschliessungen katastrophale Folgen: Millionen Schüler*innen verloren damit nicht nur den Zugang zu Bildung, sondern auch zur oft einzigen gesicherten Mahlzeit pro Tag. Oft mussten sie stattdessen Hilfsarbeiten verrichten, in der Landwirtschaft tätig sein oder Betreuungsarbeit zuhause leisten. Die Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) schätzt, dass weltweit rund 24 Millionen Kinder und Jugendliche nicht mehr ins Schulsystem zurückkehren werden. Analphabetismus, Kinderarbeit und sexueller Missbrauch nehmen zu.³ Das Kinderhilfswerk World Vision schätzt, dass in den Ländern des südlichen Afrikas während des

1 Vgl. Zerstörte Träume. In: Der Spiegel. Nr. 40, 26.09.2020.

2 <https://www.dw.com/de/immer-mehr-menschen-m%C3%BCssen-hungern/a-54164223>

3 <https://en.unesco.org/news/school-health-and-nutrition-why-covid-19-demands-rethink-education-address-gender-inequalities>

«Für ein bedingungsloses Grundeinkommen, finanziert durch die Reichen und die Konzerne!»

24 Millionen Kinder und Jugendliche weltweit werden laut Schätzungen der UNESCO nicht mehr in die Schule zurückkehren.

140 Millionen indische Lohnabhängige haben 2020 zeitweise ihre Stelle verloren. Viele von ihnen sind weiterhin arbeitslos.

Lockdowns bis zu eine Million minderjähriger Mädchen schwanger wurden. Den betroffenen Mädchen droht oft ein Schulverbot und so ein Leben in Armut.⁴

- Laut der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) haben in Lateinamerika rund 34 Millionen Menschen ihre Stelle verloren.⁵ Arbeitslosigkeit, prekär-informelle Beschäftigungsverhältnisse und Unterernährung nehmen auch in vielen südamerikanischen Ländern zu.
- Im zweiten Quartal 2020 verloren mehr als eine Million Spanier*innen ihre Arbeitsstelle, hunderttausende Kurzarbeiter*innen nicht eingerechnet.⁶

Rechte «Antworten» und Reaktionen

Wirtschaftskrise, Gesundheitskrise, Klimakrise. Angesichts der ökonomischen Not und den vielfältigen Zukunftsängste wählen viele Menschen das für sie kleiner scheinende Übel. Sie schliessen sich rechtsnationalistischen Bewegungen an, welche die Coronapandemie kleinreden (und den Klimawandel leugnen). Die Anhänger*innen Trumps und Bolsonaros sind Beispiele hierfür. In breiten Bevölkerungskreisen macht sich eine gefährliche Ideologie breit. Nationalistische Ideologien geben vor, die eigene Nation gegenüber globalen Bedrohungen zu verteidigen. Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie nehmen zu. Verschwörungstheorien machen sich breit, die Ressentiments gegen die Mächtigen mit abstrusen Theorien verknüpfen. Ohne wirkliche Lösungsansätze zu entwickeln, werden gesellschaftliche Herausforderungen (Corona, Klimawandel) psychologisch dadurch bewältigt, dass sie schlichtweg als Erfindungen einer verschwörerischen Elite abgetan werden.

Linke Antworten

Unter aktuellen kapitalistischen Verhältnissen führt die Coronapandemie entweder zu einem Kollaps des Gesundheitswesens oder zu politischen Massnahmen, welche die

4 <https://www.nau.ch/blog/sponsored/wenn-kinder-im-corona-lockdown-schwanger-werden-65771939>

5 <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/lateinamerika-arbeitslosigkeit-corona-101.html>

6 Zweite Corona-Welle in Spanien: «Ich kann nicht glauben, dass wir nichts gelernt haben». In: Der Spiegel online. Abgerufen am 22.09.2020.

Existenzgrundlagen eines grossen Teils der Weltbevölkerung bedrohen. Es ist dieses Dilemma, welches in der kommenden Zeit rechten und rechtsextremen Bewegungen und Verschwörungstheorien noch mehr Aufwind geben wird. In diesem Kontext ist es aus linker Sicht keine Lösung, einfach einen Shutdown oder eine Stilllegung der Wirtschaft zu fordern, ohne diesen konsequent mit sozialpolitischen Forderungen und Perspektiven für eine gesamtgesellschaftliche Transformation zu verbinden. Natürlich sehen solche Forderungen und Perspektiven je nach Land anders aus und können nicht universell formuliert werden. Für Länder wie die Schweiz könnten sie auf folgenden Punkten basieren:

- **Massive Investitionen in den Gesundheits- und Pflegebereich:** Ausbau von Intensivstationen, Ausbau von Pflegeeinrichtungen, verbesserte Arbeitsbedingungen für das Pflege- und Gesundheitspersonal, Einführung von vorübergehenden Kurzausbildungen für Menschen, die im Pflegebereich arbeiten möchten, um das bestehende Personal zu entlasten.
- **Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich:** Um Arbeitslosigkeit abzubauen, muss die Arbeitszeit radikal verkürzt werden – ohne Lohneinbussen für Löhne unter 7000 Franken. Erwerbslose Menschen haben Anspruch auf eine kostenlose Aus- und Weiterbildung, um neue Berufe zu erlernen und gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeiten auszuüben.
- **Bedingungsloses Grundeinkommen, finanziert durch die Reichen und die Konzerne:** Um Verarmung und Arbeitslosigkeit zu vermeiden, braucht es ein bedingungsloses Grundeinkommen in der Höhe von 3500 Franken. Die Finanzierung erfolgt über eine starke Besteuerung hoher Einkommen, Unternehmenssteuern und insbesondere der Besteuerung grosser Vermögen privater und juristischer Personen.
- **Demokratische Partizipation:** Anstatt die Krisenbewältigung Politiker*innen und «Expert*innen» zu überlassen, muss die Bevölkerung durch die Schaffung demokratischer Partizipationsorgane miteinbezogen werden. Ob beispielsweise Risikopatient*innen isoliert werden, darf nicht von oben herab entschieden werden. Betroffene Menschen sollten selbst das Recht haben, zu entscheiden, welches gesundheitliche Risiko und welchen Grad an sozialer Isolation sie selbst hinnehmen möchten!

DAS ANDERE DAVOS 2021

Solidarisch und kämpferisch aus der Krise



Jeweils im Januar organisiert die Bewegung für den Sozialismus (BFS/MPS) im Volkshaus Zürich eine Gegenveranstaltung zum Weltwirtschaftsforum (WEF). Auch wenn das WEF 2021 nicht wie gewohnt in Davos durchgeführt werden soll, drängen uns die neuen globalen Verhältnisse dazu, am Anderen Davos festzuhalten.

Die Corona-Pandemie stürzt den Kapitalismus in eine enorme Krise, welche die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Lohnabhängigen weltweit in rasantem Tempo verschlechtert. Die wirtschaftlichen und gesundheitlichen Kosten der Krise werden also in gewohnter Manier auf die Bevölkerungen und die Umwelt abgewälzt. Gerade in ökologischer Hinsicht zeigt uns das Motto des WEF 2021 – «The Great Reset in the Post-Covid-19-Era» –, dass die Politik der Mächtigen uns direkt in die Katastrophe führen wird: Denn den Kapitalismus nochmals neu zu starten, kann sich die Menschheit schlicht nicht mehr leisten.

Das Andere Davos, welches am 15./16. Januar 2021 stattfinden wird, stellt den Zusammenhang zwischen Kapitalismus, Pandemien und gesellschaftlichen Krisen ins Zentrum der Debatten. Wir richten unseren Blick auf die Auswirkungen der Krise auf die Lohnabhängigen und den Gesundheitssektor, die Lebensbedingungen im Globalen Süden, die Umwelt und das Klima sowie auf den feminisierten Care-Bereich.

Ausgehend von den massiven Verwerfungen, welche in sozialer, geschlechtsspezifischer und ökologischer Hinsicht auf uns zukommen, wollen wir über solidarische Antworten

auf die Krise diskutieren. Denn als Gegenstück zu den Angriffen von oben erleben wir zurzeit eine Fülle an starken und global vernetzten sozialen Bewegungen. Seit einigen Jahren zeigen die feministische, die ökologische und die antirassistische Bewegung Alternativen zur neoliberalen Ordnung auf. Gleichzeitig fordern sie die Linke heraus, traditionelle Denkmuster und Organisationsformen zu überdenken, sich mit neuen Fragen und Herausforderungen zu beschäftigen und sich neu zu vernetzen. Das Andere Davos möchte seit seiner Entstehung 1999 einen Beitrag zu dieser Vernetzung leisten.

Als Gäste mit dabei sind dieses Jahr der bekannte Öko-sozialist John Bellamy Foster, die indonesische Marxistin Intan Suwandi, Aktivist*innen von Black Lives Matter aus den USA sowie aus der antirassistischen Bewegung der Schweiz, gewerkschaftliche und feministische Aktivist*innen aus dem Gesundheitsbereich in Frankreich, Deutschland, Italien und Spanien, und viele mehr.

Bis auf weiteres planen wir die Veranstaltungen sowohl physisch (im Volkshaus Zürich und nebenan in der Kanzleiturhalle) als auch online per Zoom durchzuführen. Je nach Pandemieverlauf werden sie nur online durchgeführt. In beiden Fällen wird die Konferenz auf Deutsch, Englisch und Französisch übersetzt. Hingegen wird nur bei einer physischen Durchführung am Samstag eine Kinderbetreuung in der Spielbaracke auf dem Kanzleiareal organisiert.

Aktuelle Infos zum Programm und zur Durchführung gibt's unter sozialismus.ch.



BFS Zürich: info@bfs-zh.ch
BFS Jugend ZH: jugend@bfs-zh.ch
BFS Basel: basel@sozialismus.ch
BFS Lausanne: vaud@mps-bfs.ch
BFS Genf: mps-ge@bluewin.ch
BFS Tessin: mps-ti@bluemail.ch

sozialismus.ch

 Bewegung für den Sozialismus
 sozialismus.ch als Newschannel
 sozialismus.ch